

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährlich, d. Abholung o. d. Ausgabestellen 1.00 M., monatlich 30 Pf., d. d. Post 1.20 M., bei Bestellung durch den Besteller 1.20 M., durch andere Umsträger in der Sicht u. auf 6 Monate 1.20 M., monatlich 40 Pf. bei 60 Pf. Abgabestellen 9 M., nach auswärts mit Belegzettel. — Das Blatt erscheint wöchentlich 9 mal vormittags, mit Ausnahme der Tage nach Sonn- u. Festtagen; in den Ausgabestellen der Stadt am Abend gratis. — Nachdruck anderer Originalarbeiten nur mit bewilligter Druckanfrage gestattet. — Für Rückgabe unbenutzter Exemplare keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
s. seilig. Illustr. Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.
s. seilig. landwirtsch. u. Handelsbeil. mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Beilage aber oben Raum f. Stadt u. Kreis Merseburg 30 Pf. Bei komplizierterem Text entsprechender Aufschlag. Gebühr für Geradenlagen nach Lieferant. Für Werbeflächen und Ehrennennungen besondere Berechnung, nach auswärts mit Belegzettel. Verlangt wird: 1. Schriftliche Angaben des Verlangenden 10 Tage vormittags, für Familienanzeigen bis 15 Uhr mittags.

Nr. 70.

Mittwoch den 24. März 1909.

35. Jahrg.

Die Schiffahrtsabgaben.

Augenscheinlich um dem Freizium eine besondere Freude zu machen, ist im Reichsanzeiger kürzlich der Gelegenheit erschienen, durch den die Abgabefreiheit der freien Ströme besiegelt werden soll. Damit soll eine der besten Erzeugnisse des wirtschaftlichen Liberalismus wieder besiegelt werden, einer jener Fortschritte, die für das wirtschaftliche Leben Deutschlands von entscheidender Bedeutung gewesen sind. Seit anderthalb Jahrzehnten kämpfen Agrarier aller Schattierungen von der äußersten Rechten über das Zentrum bis zu den Nationalliberalen gegen die Abgabefreiheit der natürlichen Wasserstraßen lediglich aus dem Gebahren heraus, weil auf diesen etwas ausländisches Getreide hineinkommt, das freilich auch sonst hineinkommen würde, das aber hier von der billigen Wasserfracht Gebrauch machen kann. Was die Wasserstraßen durch die billige Verfrachtung von eingehenden Düngern und Futtermitteln leisten, was sie für den Versand heimischer Getreidearten, von Weizen und Zuder, was das wird dabei völlig übersehen.

Auf das Drängen der Agrarier ist in das Wasserstraßengesetz jene Bestimmung gekommen, wonach vor dessen endgültiger Durchführung, d. h. vor Eröffnung der durch dieses Gesetz bewilligten Wasserstraßen, die Abgaben auf die bisher freien Ströme eingeführt werden müssen. Eine der ungewöhnlichsten Bestimmungen, die jemals beschlossen worden sind, denn diese Abgabefreiheit ist durch die Reichsverfassung und durch internationale verbindbare Verträge auf einigen dieser Ströme gewährleistet, kann also durch einseitige Gesetze gar nicht besiegelt werden. Ob die Abänderung der Reichsverfassung in dieser Richtung möglich sein wird, ist unsicher. Es fand sich bisher im Bundesrat nicht die erforderliche dreiviertel Mehrheit für eine solche, und es ist zweifelhaft, ob sie nunmehr voranden sein wird, da von einer Reihe von Staaten, namentlich von Baden, Hessen, Sachsen, Anhalt, wohl nicht annehmbar ist, daß sie auf eine für ihre wirtschaftlichen Verhältnisse so hochwichtige Bestimmung der Reichsverfassung Verzicht leisten werden. Freilich, was der Druck Preussens in dieser Richtung herbeibringt, hat, wie durch Umsetzung der Notlage der anderen süddeutschen Staaten, namentlich Württemberg und Bayerns, deren Widerstand gegen die Verfassungsänderung gebrochen wurde, ist ja bekannt.

Für die Abgabefreiheit auf dem Rhein und der Elbe bildet die Reichsverfassung zwar einen der sichersten Bollwerke, aber keineswegs das letzte, und auch wenn die Verfassung geändert wird, bleibt die Rheinisch-Elbische Abgabe übrig, und es ist nicht annehmbar, daß die Holländer sich dazu verstehen werden, diese Abgabefreiheit zu besiegeln. Ebenso wenig ist für die Elbe eine Besiegeltung der Abgabefreiheit sichernden Bestimmung der Elbfischereiakte zu erwarten, da hier der Widerspruch Österreichs sicher ist. Die Wasser ist ein kanalisiertes Strom, auf dem die Abgabenerhebung für die eigentlichen Kanalstationen zulässig ist. Die Wirkung der Besiegeltung der Verfassungbestimmung würde demnach sich zunächst nur auf die östlichen Wasserstraßen, vor allen Dingen auf die Oder, Warthe und Weichsel erstrecken, und damit der Huner nicht fehlt, ist gerade die Oder der Strom, der ganz vorwiegend der heimischen Landwirtschaft dient. Für die ohnehin schwer eingende Überschifffahrt würde aber die Einführung von Schiffahrtsabgaben auf der freien Oder von den nachteiligsten Folgen sein. Die preussische Einbahnverwaltung würde es dann absolut in der Hand haben, den Dreyer-Vorkauf lahmzulegen.

Für die Freiziumen bedeutet die Einbringung dieses Gesetzes ein erneutes Zeichen, wie rückwärts man trotz aller Völpolitik über sie hinweggeht, wo es sich um die Forderungen der Agrarier handelt.

Zur inneren Lage.

Die Ungeklärtheit der politischen Lage ist noch vergrößert worden durch die Weigerung des Reichs-

kanzlers, in der Budgetkommission des Reichstages Auskunft zu erteilen über die Mitteilungen des englischen Premierministers hinsichtlich der von England angeblich angebotenen Einschränkung der Flottenrüstungen. Die Budgetkommission hat, um ihrer Zustimmung darüber Ausdruck zu geben, am Montag beschlossen, die Marine-Neubauten zunächst zurückzustellen und erst den Etat des Reichskanzlers zu verhandeln. Man glaubt in politischen Kreisen nicht daran, daß dieses Vorgehen dazu beitragen wird, den Reichskanzler wirklich vor die Budgetkommission zu bringen. Man erwartet vielmehr, daß er durch Herrn v. Bethmann-Hollweg oder Herrn v. Schön eine Erklärung verlesen lassen wird des Inhalts, daß er — nichts erklären könne.

Wir haben volles Verständnis dafür, daß ein leitender Staatsmann Fragen so diffiziler Natur, wie es die Angelegenheit der Marine-Einsparungen sind, mit größter Vorsicht behandelt wissen will. Aber es kann bedauert werden, daß er der Reichstagskommission, die ihn darum ersucht, zum wenigsten vertrauliche Mitteilungen gibt über eine Frage, die das Lebensinteresse des Volkes berührt. Ob die betreffende Anregung von einer dem Führer Bülow abgeneigten Persönlichkeit (dem Grafen Oppersdorff) ausgegangen ist oder nicht, darf bei so wichtigen Anlässen keine Rolle spielen. Das Ergebnis der Kommission beruht doch schließlich auf einem Mehrheitsbeschluss. Das Mißtrauen, das Herr Bülow der Reichstagskommission entgegengebracht hat, ist nicht geeignet, das Vertrauen zu ihm zu festigen. Nichtsdestoweniger werden sich die Freiziumen bei der Frage der Marine-Neubewilligungen natürlich lediglich von sachlichen Motiven leiten lassen.

Die liberale landwirtschaftliche Konferenz.

die am 25. April in Frankfurt a. M. auf Anregung des Nationalvereins für das liberale Deutschland stattfinden soll, weist auf einen wunden Punkt hin in der Betätigung des heutigen Liberalismus: in weiten Kreisen Deutschlands ist der Bauer dem Liberalismus entfremdet worden. Er muß wiedergewonnen werden. Der Proprietar, der zu jener Versammlung einladet, sagt mit Recht:

„Allzu lange schon hat der Liberalismus gesäumt, der Agrarfrage, eine der wichtigsten unserer modernen Wirtschaftslebens, ernstlich näher zu treten. Viele Schichten der Bevölkerung des platten Landes, im Herzen fortschrittlich gesinnt, sind uns verloren gegangen oder stehen mißtraulich und mißtrauend beiseite, weil sie glauben müssen, im Liberalismus keine Vertretung ihrer berechtigten Interessen zu finden. Gewiß ist es nicht an dem, als sollte der Liberalismus eine Schwankung nach der agrarischen Seite hin vollziehen, vielmehr gilt es, einen gerechten Ausgleich zu finden zwischen den berechtigten Forderungen der Stadt und des Landes, der Industrie und der Landwirtschaft, dem Lohnarbeiter und dem nicht minder frohden Bauern. — 18 1/2 Mill. Menschen sind im deutschen Lande in der Landwirtschaft tätig. Schon zieht die Sozialdemokratie hinaus ins platte Land, um einen Teil zu reiben zwischen den bestehenden Bauern und den ländlichen Lohnarbeiter. Sie und die Reaktion (das Zentrum und die Konservativen) ringen um das deutsche Bauerntum, die einen wuchernd mit dem egoistischen Lobe der „guten, alten Zeit“, die andern mit dem Wechsel auf die rote Zukunft. Soll das fortschrittliche Bürgertum unmissig zusehen, wie die ihm am nächsten stehenden Volksklassen ihm mehr und mehr entfremdet, schließlich entziffen werden?“

Der ehrliche Versuch, einer gerechten Lösung der Agrarfrage auf fortschrittlicher Grundlage nachzutreten, soll uns das fast verloren gegangene Vertrauen im weiten Lande wiedergewinnen, soll unseren Ideen die Ehre und Entel jener Bauern zuführen, die einst vor manchen Jahrzehnten die besten Mitkämpfer des freiheitlichen Bürgertums waren.“

Dazu ist aber einte und opferwillige Vorarbeit nötig. Diese soll die Konferenz leisten. Wir wünschen ihr im Interesse des Liberalismus aufrichtig Erfolg.

Zu den Balkanfragen.

Durch eine neue internationale Verständigungsaktion soll versucht werden, den Krieg zwischen Österreich und Serbien zu vermeiden. Zwischen den Mächten wird unter gleichzeitiger Verständigung mit Wien eine Note vorbereitet, die Serbien überreicht werden soll. An diesem neuen Vermittlungsversuch nimmt die russische Regierung zum ersten Male offiziell teil. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Wien: Die Mächte haben den Wunsch ausgesprochen, daß die Orientierung der österreichisch-ungarischen Antwort auf die serbische Note abermals verschoben werde, um für ihre Verhandlungen untereinander und ihre Schritte in Belgrad Zeit zu gewinnen. Das Wiener Kabinett ist bereit, diesen Wunsch zu erfüllen. Graf Foyzad dürfte somit die Antwort erst gegen Ende dieses Monats in Belgrad überreichen. Wie die „Agenzia Stefani“ aus London überreicht, findet zwischen den Mächten ein Meinungsaustrausch darüber statt, in welcher Form der neue Schritt in Belgrad geschehen soll, durch den Serbien für die Währungs- und die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Verhandlungen mit Österreich-Ungarn gewonnen werden soll.

Am Anschlag an die Meldungen über Verhandlungen zwischen den Mächten zum Zweck einer gemeinsamen diplomatischen Einwirkung in Belgrad sagt das „Fremdenblatt“: Es braucht nicht betont zu werden, daß die angekündigte Aktion der Mächte nicht auf eine Anregung Österreich-Ungarns zurückzuführen ist. Nichtsdestoweniger hat das Wiener Kabinett in Kenntnis von den mit einer solchen Aktion zusammenhängenden Verhandlungen zwischen den Mächten sich bereit erklärt, ihrem Wunsch zu entsprechen, daß mit Rücksicht auf die diplomatischen Vorbereitungen zu dem geplanten Schritt die in Aussicht genommene Verantwortung der serbischen Note vom 14. März einen Aufschub erlaube. Die österreichisch-ungarische Regierung will einerseits den Mächten die Möglichkeit bieten, sich über die zweideutige Form zu einigen, welche ihren in Belgrad zu erhebenden Forderungen zugrunde zu legen wäre. Andererseits will sie dem serbischen Kabinett Zeit lassen, sein Verhalten der Situation anzupassen, welche die Mächte herbeizuführen wünschen, und seinen Ton auf die Sprache zu stimmen, die nun von ihm erwartet und verlangt wird. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß ein Erfolg des von den besten Absichten geleiteten neuerlichen Eingreifens der Mächte eine beträchtliche Erleichterung der Lage bewirken würde; aber ebenso klar ist, daß der angekrebte Erfolg an eine wesentliche Voraussetzung gebunden ist. Die Mächte müßten sich schon vorher Gewißheit darüber verschaffen, daß die Erklärungen, welche sie von Serbien verlangen, jenen Bedingungen entsprechen, in deren Erfüllung Österreich-Ungarn allein die von ihm als unerlässlich erachteten Bürgschaften für die dauernde Wiederherstellung normaler Verhältnisse erblicken könnte. Die österreichisch-ungarische Politik könnte nur dann mit dem nötigen Vertrauen der künftigen Entwicklung der Dinge entgegensehen, wenn Serbien den ersten Willen zu gründlicher Umkehr nicht durch gefühelte, beherrschbare Äußerungen, sondern durch befriedigende Erklärungen unabweisbaren Charakters und durch offenkundige, sichbare Tatsachen beweisen würde. Bei den durchaus scheidlichen Tendenzen, welche die Politik Österreich-Ungarns von jeher gekennzeichnet haben, bedarf es wohl keiner besonderen Versicherung, daß wir die rechtlichen Bemühungen der

Mächte, auf Serbien in diesem Sinne einzuwirken, mit Interesse und Sympathie verfolgen.

Das Verbot der Mitteilungen in den Blättern über den Stand, die Bewegungen, die Stärke und Tätigkeit der bewaffneten Mächte, den Zustand der Festungen, den Umfang der Bewaffnung, des Kriegsmaterials und der Ausrüstung sowie über die Aufbewahrungsorte, Quantität, Qualität und den Transport von Lebensmitteln ist am Sonntag im Amtsblatt der ungarischen Regierung veröffentlicht worden.

Im österreichischen Abgeordnetenhause gab am Montag vor Übergang zur Tagesordnung Ministerpräsident Freiherr v. Wiener folgende Erklärung ab: Ich halte mich verpflichtet, dem hohen Hause im gegenwärtigen Zeitpunkt einige Mitteilungen über die auswärtige Lage nach ihrem augenblicklichen Stande zu machen. (Beifall.) Wie ich bereits in der Vorrede mitzuteilen in der Lage war, hat die Note, welche die serbische Regierung in Verantwortung unserer unlängst in Belgrad unternommenen Demarche an uns gerichtet hat, unseren Erwartungen nicht entsprochen. Nach den bisher an uns gelangten Nachrichten habe ich hinzuzufügen, daß die serbische Antwort auch seitens anderer Kabinette als unbefriedigend erachtet worden ist. (Beifall.) Wir haben es unterlassen, auf die serbische Note sofort zu antworten, weil eine unangelegene Erwiderung auf dieselbe eine weitere Verschärfung der Situation im Gefolge gehabt hätte, welche wir, soweit es von uns abhängt, vermeiden wollen. Das Ziel unserer Politik ist die Sicherung und Konsolidierung des durch die Annexionserklärung geschaffenen Zustandes. Wir hegen keine aggressiven Absichten und verfolgen keine Prellpolitik. Serbien hat demnach noch niemals über seine Lage Klar zu werden und uns gegenüber einzulernen. Wir ziehen es aber auch aus dem Grunde vor, uns mit der Verantwortung der jüngsten serbischen Note nicht allzu sehr zu beilegen, weil wir erfahren haben, daß andere Mächte Serbien neuerdings Ratsschläge erteilen wollen, welchen dieses dießmal hoffentlich vollkommen Rechnung tragen wird. Wenn wir aber auch, wie aus dem Geklungen hervorgeht, fortwährend die größte Geduld an den Tag zu legen, so erfüllen wir doch andererseits nur eine Pflicht gegen uns selbst, wenn wir auf die baldige Vermeidung des unhaltbaren Zustandes an unserer Grenze (beifällige Zustimmung) mit allem Nachdruck hinwirken. Wir bleiben jedoch auch heute unserer bisherigen Methode treu, indem wir Serbien die Hand reichen, damit, wenn dieses zur Erkenntnis seiner Situation gelangt ist, es sie ergreifen kann. (Beifall.)

Serbiens Haltung bleibt zweideutig. In einer Belgrader Depesche des Wiener amtlichen Bureaus vom Sonnabend steht zu lesen: Die Spannung, die mit dem man in Regierungskreisen die bevorstehende österreichisch-ungarische Note erwartete, hat infolge zahlreicher Meldungen auswärtiger Blätter über eine demnächstige freundschaftliche Vorstellung der Großmächte in Belgrad fast vollkommen nachgelassen. Alle Vorurteile vor einem direkten energischen Schritt Österreich-Ungarns sind gewichen und an ihre Stelle ist eine große Zuversicht in das zu erwartende Eingreifen der Mächte getreten. Nun fühlt man in Belgrad wieder sicheren Boden unter den Füßen. Serbien habe wiederholt erklärt, es liege auch heute unerschütterlich auf der Basis, daß nur die Großmächte gemeinsam kompetent in der Annexionsfrage seien. Es sei also natürlich, daß sich Serbien einem solchen Beschlusse ohne Reserve hingeben werde. Denn Serbien zweifle nicht daran, daß eine europäische Konferenz nur eine Lösung der böslichsten Frage treffen werde, welche einerseits der Gerechtigkeit volle Rechnung trage, andererseits aber nur eine solche neue Lage in Europa schaffe, die nicht nur für den Augenblick, sondern für geraume Zeit den europäischen Frieden sichere. Eine durch Gewalt gepresste Erklärung Serbiens hätte weder für Österreich-Ungarn noch für Europa praktischen Wert. Serbien habe unentwegt das größte Vertrauen in die Weisheit der Mächte, denen nicht nur das Verdienst, sondern auch die Verantwortung für die neu zu schaffende Lage zuzuliegen werde.

Immer noch serbische Mitteilungen. Authentischen Nachrichten zufolge, ist bei Valjevo in Westserbien ein verhältnismäßig großes Lager errichtet worden, dessen Werke mit schweren Geschützen armiert wurden. — Die Suoichina hat am Sonnabend die Gesetzesvorlage über einen Minimaltarif und einen Nachtragskredit von 5350000 Dinars für Hercegrina in zweiter Lesung angenommen.

Die serbische Kriegserklärung hat, wie neuerdings verlautet, die Klerikalen des ersten Aufgebots entlassen und die des zweiten zu einer Waffenübung einberufen. Man erblickt hierin Anzeichen dafür, daß die Zeit bis zu einem eventuellen

Ausbruch der Feindseligkeiten benutzt werden soll, um weitere Mannschaften militärisch auszubilden und die Wüstungen zu vervollständigen.

Keine serbisch-ungarische Waffenbrüderschaft. In Verbindung des österreichisch-ungarisch-serbischen Konfliktus sagt die offizielle „Breme“: Die öffentliche Meinung in Bulgarien hat sich bisher mit dem Konflikt wenig befaßt, schließlich drängt sich aber die Frage auf, welche Haltung sie bei einem eventuellen Kriege einnehmen wird. Die russische Presse hat in letzter Zeit den Wunsch geäußert, Bulgarien an der Seite Serbiens zu sehen. Bulgarien könnte wohl alle Wege vergessen, das es von serbischer Seite erfahren hat, vielleicht auch die serbischen Missionen in Mazedonien. Keineswegs aber kann Bulgarien seine eigenen realen Interessen aufgeben und sich den Haß eines anderen Staates zuziehen, bloß um unnütze Opfer zu bringen, welche die nationalen und staatlichen Interessen schädigen würden. Zugleich werden die Nachrichten über die Durchfuhr serbischen Kriegsmaterials durch Bulgarien an zuständiger Stelle für unbegründet erklärt. Weder serbisches Material noch russische Gewehre hätten Bulgarien passiert. Von Russland sei kein derartiges Ansuchen gestellt worden. Bisher seien nur 1629 Pferde über Varna und Sofia nach Serbien befördert worden.

Die türkische Finanznot. In der türkischen Kammer wurde am Sonnabend über einen Gesetzentwurf, betreffend den Zahlungsmobus von Staatsschulden, beraten, die im letzten Jahre infolge des mangelnden Krediten entstanden sind. Durch eine Erklärung des Großwesirs wurde die Kammer um eine dringliche Behandlung dieser Angelegenheit ersucht, weil Armeelieferanten die Forderung von Lebensmitteln eingestellt hatten. Die Finanzkommission hatte die im letzten Jahre entfallenden Schulden auf 6 bis 7 Millionen Pfund berechnet. Der Finanzminister, welcher erklärte, es sei unmöglich, die Ziffer der Schulden und die Höhe der Kassenbestände festzustellen, wurde heutig angegriffen. Schließlich nahm die Kammer den Gesetzentwurf mit mehreren Änderungen an.

Politische Uebersicht.

Das Abschließen einer fetten Wiener Gatte befördert am Montag abend die „Worrd. Allg. Ztg.“. Wie ein Wiener Blatt meldet, soll in St. Petersburg behauptet werden, Kaiser Wilhelm habe an Kaiser Nikolaus ein Telegramm geschickt, worin um Einstellung der deutsch-serbischen Feindschaft in der russischen Presse gebeten wird. „Wir möchten schließen“, so schreibt dazu das offizielle Blatt, „daß diese Besprechung völlig aus der Luft gegriffen ist.“

Frankreich. Die streikenden französischen Postbeamten halten hartnäckig an der Forderung fest, bevor sie die Arbeit wieder aufnehmen. Das Streik-Komitee ließ Sonnabend nach einer Erklärung ansetzen, in der es zum Schluss heißt: „Fort mit Simyan, und dem, was er geschildert hat! Das Personal der Post ist der Name Simyan ausgeliefert.“ Seit zwei Jahren duldet Barthou die Verschlingung. Wir werden heute an Simyan und durch Barthou erhalten wir Antwort. Durch einen Wechsel werden wir nichts verlieren. In einem Lande, wie dem unsrigen, wo Sim für Rechtschaffenheit, Würde und Ehre beruht, ist unsere Sache von vornherein gewonnen.“ Zugleich scheint sich aber so zu zeigen über Nacht eine Wendung anzulegen zu haben. Aus Paris wird nämlich vom Montag berichtet: Der in der Veranlassung der ausländischen Post- und Telegraphenangelegenheiten am Sonntag gefasste Beschluß, die Arbeit am Montag noch nicht wieder aufzunehmen, erfolgte gegen den Wunsch des Streikausschusses, der nach den Unterredungen mit Clemenceau und Barthou beschlossen hatte, die Wiederaufnahme der Arbeit für Dienstag zu empfehlen. Das Amtsblatt veröffentlichte einen langen Erlaß des Unterstaatssekretärs Simyan über die Beförderungsverhältnisse der Post- und Telegraphenbeamten, in dem er von den letzten ausdiesigen Simyan im Amt; er stimmt aber seine Verbindungen zurück, die den Anstoß zum Ausstand gegeben haben. Die Streikenden sind aber bereits so unerschrocken geworden, daß dieses Nachgeben der Regierung ihnen nicht genügt: Simyan soll, so schreiben sie fort und fort, geopferr werden. Nachrichten vom Montag besagen: Von 5000 ausdiesigen Simyan in Amt; er erklärt worden, daß es unmöglich ist, die Arbeit unter den von der Regierung gestellten Bedingungen wieder aufzunehmen. Im Haupttelegraphenam und in verschiedenen Telegraphenämtern hat Montag vormittag die Zahl der arbeitenden Beamten zugenommen. Dem Vernehmen nach sind 250 Voten in Anordnung, weil für ihre Inhaberschaft nicht genügt. — Ministerpräsident Clemenceau hat Montag früh in Anwesenheit des Ministers der öffentlichen Arbeiten Barthou eine Abordnung der ausländischen Postbeamten empfangen. Die Beamten erklärten, es handle sich für sie nur um die Durchfuhr von Stabesfordernungen. Sie bestanden darauf, von Clemenceau das Versprechen zu erlangen, daß Unterstaatssekretär Simyan verabschiedet werden sollte. Clemenceau und Barthou erklärten auf das Bestimmteste, daß sie sich über diesen Punkt keine Bedingungen stellen lassen könnten. Ebenso erklärte Clemenceau, daß die Ausländer gegenüber übernahm nicht auf Bedingungen einfließen zu können. Die Regierung habe ihr Wohlwollen bereits damit bewiesen, daß sie alle Ausländer ausnahmslos zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert habe. Barthou habe es abgelehnt, die Abgesandten des Syndikats der Postbeamten

offiziell im Ministerium zu empfangen, das Syndikat werde nur in Erwartung des Postbeamtenreglements geduldet. Das werde der Minister alle Postbeamten empfangen, ohne sich mit der Frage zu befassen, ob die Mitglieder des Syndikats seien oder nicht. Der Minister versicherte, daß sein Entschluß, die bereits entlassenen beiden Postbeamten Simonnet und Grangier nicht wieder einzustellen, unumänderlich sei, und daß die Beamten, die sich der Aufhebung, den Dienst wieder anzunehmen, nicht fügen würden, endgültig entlassen werden würden. — Zwischen Diele und Velford sind fünfzehn Telegraphenstationen durdgeföhrt worden. Die Verbindung ist jedoch bereits wiederhergestellt. — Bei zwölf Tagesmahlen zur französischen Deputiertenkammer wurden am Sonntag fünf Sozialistische Kandidaten und ein „gestriger“ Sozialistischer Kandidat gewählt. In fünf Wahlkreisen fand Stichwahl statt; in einem Wahlbezirk blieb noch aus.

England. Dem „Standard“ zufolge hat die Admiralität beschließen, an der Küste Schottlands eine Station für eine Unterseebootflotte, mit dem Kommando des Admirals Ford zu errichten. — Die Regierung von Neuseeland hat sich bereit erklärt, sofort die Kosten für ein großes Schlachtschiff neueren Typs zu bestreiten und ebenso für ein zweites, wenn es erforderlich sein sollte.

Türkei. Der türkische Minister des Äußeren, Kasan Pascha, ist Sonntag abend in Rom eingetroffen und von dem Generalkonsul in Ministerium des Äußeren, Botschaft, und den Mitgliedern der türkischen Botschaft empfangen worden. Er hatte am Montag ein Unterredung mit dem Minister des Äußeren, Tittoni, wurde dann vom König empfangen und zur Frühstückstafel geladen.

Türkei. Die Wankhaftigkeit zweier türkischer Botschaften in Jankuta, die seit 7 bzw. 8 Jahren unter den Waffen stehen, verlangten unter Hinweis auf die Notlage ihrer Familien ihre Entlassung. Da sie sich gültigen Vorstellungen nicht zugänglich zeigten, wurde mit Waffengewalt gegen sie eingegriffen, wobei ein Mann getötet und neun verwundet wurden. Die Meuterei unterdrückt sich soeben.

Serbien. Die Belgrader Zeitung „Bozno“ meldet: Im Belgrader Spital ist ein ehemaliger Kammerdiener des Kronprinzen Georg an schweren Verletzungen gestorben. Vor seinem Tode sagte der Kammerdiener aus, daß der Kronprinz ihn mit der Peitsche misshandelt und ihm Finsternis verjagt habe. Die Zeitung sagt, man müsse den Kronprinzen entweder in ein Irrenhaus jenen oder ihn dem Gerichte überliefern.

Nordamerika. Zur amerikanischen Tariffrage hatten Präsident Taft, Staatssekretär Knox, andere Mitglieder des Senats und Senator Lodge, die Vorsitzende der Finanzkommission des Senats, am Sonntag eine Besprechung wegen der Minimal- und Minimaltarife, die in der neuen Tarifbill vorgelegen sind. Es scheint, daß gewisse Produkte die denen eine Zollermäßigung nicht erwartet wurde, den Minimaltarif erhalten sollen. Man glaubt, daß England auf den Minimaltarif für Wolle, niedrigen Zoll für Schland Lanita in allen Fällen die niedrigsten Zollsätze einräumen haben würde, um von Amerika den Maximaltarif zu erhalten.

Deutschland.

Berlin, 23. März. Der Kaiser sprach am Montag beim Reichskanzler vor. Im Laufe des Montag vormittags nahm der Kaiser im königlichen Schloß zu Berlin den Vortrag des Vertreters des Ober des Zivilkabinetts, Geheimen Oberregierungsrat v. Eichenhart Nothe, entgegen.

— Der preussische Gesandte in Weimar, Graf v. Wedell, ist zur ausschließlichen Beschäftigung in das kaiserliche Amt einberufen worden. — Was hat eigentlich ein preussischer Gesandter in Weimar, abgesehen von der „Repräsentation“, zu tun?

— (Aus Anlaß des Stapellaufs des großen Kreuzers „Von der Tann“ richtete Prinzregent Luitpold von Bayern an den Kaiser nachstehendes Telegramm: „Ich bitte dich, meine herzlichsten Dank dafür entgegenzunehmen, daß der große Kreuzer, dessen Stapellauf sich heute vollzieht, den Namen „von der Tann“ tragen wird. Die Ehre ihres Führers in ruhmvollen Tagen erfüllt die ganze bayerische Armee mit Stolz und freudiger Genugthuung. Möge der Kreuzer „von der Tann“ den Namen, den er führt, mit neuem Ruhm in Dienste des Deutschen Reiches bedecken. Gez. Luitpold.“ — Der Kaiser erwiderte hierauf mit folgender Depesche: „Herzlichen Dank für dein Telegramm. Es ist mir eine erfreuliche Pflicht gewesen, auch den Namen eines großen bayerischen Generals eines meiner Schiffe zu geben. Und ich weiß, daß gerade der Name „von der Tann“ von meiner Marine mit freudigem Stolz begrüßt werden wird.“

Dem venezolanischen Sondergesandten Dr. Paul, der, wie bereits gemeldet, am Sonnabend vom Kaiser und vom Fürsten Bismarck empfangen wurde, verließ der Kaiser am Schluß der Audienz den Kronenorden erster Klasse. Dem Empfang wohnte neben dem venezolanischen Gesandten Dr. Foroual auch Staatssekretär v. Schoen bei. Nachdem Dr. Paul dem Kaiser sein Beglaubigungsschreiben überreicht hatte, drückte, nach der „Wiss. Ztg.“, auch Kaiser Wilhelm dem Sondergesandten seine Versicherung über die zwischen Deutschland und Venezuela herrschenden guten Beziehungen, sowie über den kürzlich erfolgten Abschluß des deutsch-venezolanischen Handelsvertrages aus. Auch der Kaiser hofft, daß die Beziehungen zwischen den beiden Ländern immer inniger werden möchten und daß Venezuela in Zukunft auch mit den anderen Mächten in Frieden leben wird. Fürst Bismarck erwiderte mit Dr. Paul besonders die deutsch-venezolanischen Handels-

beziehungen und erkundigte sich im Laufe der Unterredung unter anderem, ob die Boden- und klimatischen Verhältnisse sich einer Einwanderung günstig erweisen. Auch Juchit Willow gab seiner Befriedigung über die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Venezuela Ausdruck und ist ebenfalls von dem Wunsche befeuert, daß die Verbindungen zwischen den beiden Ländern sich in Zukunft noch enger knüpfen mögen. Dr. Paul wird sich noch ungefähr zehn Tage in Berlin aufhalten und sich dann wieder nach Holland begeben.

Parlamentarisches.

In der Budgetkommission fand am Montag das Extraordinarium des Marineetat zur Beratung. Zunächst beantragte der Vertreter der Sozialdemokraten, vor dem ersten Titel über Schiffsbauarbeiten die Verrechnung der Reichszentraler in der Kommission erscheinen und sich zu den

Erklärungen des englischen Premiers geäußert habe. Man müsse, ehe man über neue Schiffe berate, wissen, ob der englische Premierminister Recht habe mit seiner Behauptung, daß er in Bezug auf die Einschränkung der beiderseitigen Flottenrüstung bei sehr geringen Entschärfungen geblieben habe. Der Vorsitzende der Kommission verles darauf nochmals das Schreiben des Reichszentralers aus der Sonnabenditzung, wonach der Kämmler nicht in der Lage sei, in den nächsten Tagen eine Auskunft in der Budgetkommission zu geben, daß er aber nach Eingang des Materials der Staatskontrolle des jetzigen beantragten werde, Mitteilungen zu machen, soweit sie im Interesse des Landes liegen, und daß er sich weitere Mitteilungen zu gegebener Zeit selbst vorbehalten. Der Vorsitzende der Kommission machte im Anschluß hieran den Vorschlag, den die Kommission einstimmig annahm, die Reichskontrolle zurückzustellen, heute den Marineetat im übrigen zu erledigen und Dienstag zur Beratung der Schiffsbauarbeiten den Etat des Reichszentralers einzuführen.

Die Beratung der Beamtenbesoldungsvorlage im Herrenhaus wird eine kleine Verzögerung dadurch erfahren, daß der Berichterstatter der Kommission, der die Vorlagen überleiten werden sind,

infolge schwerer Erkrankung seiner Frau nach Hause reisen mußte. Die Sitzungen der Herrenhauskommission werden deshalb erst am Mittwoch oder Donnerstag beginnen können. Da die Kommission im weiteren Verlauf ihrer Beratungen sich des Mandates wegen mit der Finanzkommission des Reichstages ins Einvernehmen legen muß, läßt sich augenblicklich der Zeitpunkt, in dem das Plenum die zweite und dritte Lesung der Vorlagen wird vornehmen können, noch nicht angeben.

Reklameteil.

So, Vätereien — und nun kann's losgehen!

- Nicht zu warm, nicht zu kühl angezogen, eine Fäys ächte Sodener Mineral-Wasser im Mund und ein
- Durst in der Kehle — und nun darf der Märzwind schon tüchtig blasen, er kühlt dir nicht. Ja, wenn wir die Fäys ächte Sodener nicht hätten!
- Unser Vorkost ist übrigens alle und wenn du willst,
- bring uns die Apotheke oder Drogerie ein paar Schachteln mit. Die Schachtel kostet ja nur 85 Pf.
- qd aber ach, daß du keine Nachahmungen erhaltst.

Bekanntmachung.

Für den Fall der Ueberführung des Premarites haben wir zur unentgeltlichen Personenbeförderung Freyer angenommen, die durch weiße Armbinden kenntlich sind.

Merzburg, den 23. März 1900

Die Polizeiverwaltung.

Kontroll-Versammlungen

in Landwehrbezirk Weifenfeld.

Zu den diesjährigen Frühjahrskontroll-Versammlungen werden und zwar nur auf diesem Wege beordert:

1. sämtliche Reservisten,
2. die Mannschaften der Landwehr I und der Reserve I. Altersklassen (mit Ausnahme derjenigen, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1897 in den Dienst getreten sind, sowie der bei der Kavallerie und der Marine als übermäßig freiwillig in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1899 in den Dienst getretenen Mannschaften, welche 4 Jahre aktiv gedient haben oder in ihrem
3. Dienstjahre zur Disposition des Truppenleiters beurlaubt worden sind),
3. die zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen und die zur Disposition der Truppenleiter beurlaubten Mannschaften,
4. die getrigl Ganzinvaliden und sämtliche Halbinvaliden wie unter 1. und 2. aufgeführt, soweit sie nicht dem Sanitätsrat überantwortet sind,
5. die Ersatz-Reservisten.

Dieselben haben sich aus den bezüglichen Ortslisten wie folgt zu stellen:

Zu Freie Merzburg:

in Merzburg am 1. April 9 Uhr vormittags im Zehlinger Hofe die gebienten Mannschaften der Jahresklassen 1897, 1898, 1899 und 1900 (mit Ausnahme derjenigen, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1897 und der übermäßig freiwilligen der Marine, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1899 in den Dienst getreten sind), sowie die dauernd Halbinvaliden der vorerwähnten Jahresklassen des Stadtbetriebs,

in Merzburg am 1. April 11 Uhr vormittags im Zehlinger Hofe die gebienten Mannschaften der Jahresklassen 1901, 1902, 1903 und 1904, sowie die dauernd Halbinvaliden der vorerwähnten Jahresklassen des Stadtbetriebs,

in Merzburg am 1. April 2 1/2 Uhr nachmittags im Zehlinger Hofe die gebienten Mannschaften der Jahresklassen 1905, 1906, 1907 und 1908, die zur Disposition der Ersatzbehörden entlassen sind und die zur Disposition des Truppenleiters beurlaubten Mannschaften, die während Halbinvaliden der vorerwähnten Jahresklassen, die sämtlichen auf Zeit anerkannten Halb- und Ganzinvaliden des Stadtbetriebs, sowie sämtliche Reservisten, Weibliche I. Aufgebots und Ersatz-Reservisten des Landwehrbezirks,

in Merzburg am 2. April 9 Uhr vormittags im Zehlinger Hofe sämtliche Ersatz-Reservisten des Stadtbetriebs,

in Franleben am 2. April 11 1/2 Uhr vormittags im Gebirgshofen Gasthof am Bahndorf,

in Weichenitz am 3. April 10 1/4 Uhr vormittags im Gasthof,

in Dersfeld am 3. April 12 1/2 Uhr mittags im Gasthof,

in Landwehr am 3. April 2 1/2 Uhr nachmittags im Gasthof zum Kronprinzen,

in Schafstädt am 5. April 10 Uhr vormittags im Wesseler,

in Büchen am 5. April 2 1/2 Uhr nachmittags im Franke'schen Gasthofe,

in Schandig am 6. April 10 Uhr vormittags im Gasthof zur Sonne die Mannschaften der Jahresklassen 1899, 1900, 1901 und 1902 (mit Ausnahme der übermäßig freiwilligen der Marine, welche in der Zeit vom 1. April

bis 30. September 1899 in den Dienst getreten sind),

in Schandig am 6. April 2 Uhr nachmittags im Gasthof zur Sonne die Mannschaften der Jahresklassen 1903, 1904, 1905, 1906, 1907 und 1908,

in Schandig am 7. April 8 Uhr vormittags im Gasthof zur Sonne sämtliche Ersatz-Reservisten,

in Kößlitz am 7. April 12 1/2 Uhr nachmittags im Blumengarten Gasthofe die Mannschaften der Jahresklassen 1906, 1907, 1908, 1899 und 1900 (mit Ausnahme derjenigen, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1897 und der übermäßig freiwilligen der Marine, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1899 in den Dienst getreten sind), die dauernd Halbinvaliden der vorerwähnten Altersklassen sowie sämtliche Ersatz-Reservisten, in Kößlitz am 7. April 4 Uhr nachmittags im Blumengarten Gasthofe die Mannschaften der Jahresklassen 1901, 1902, 1903, 1904, 1905, 1906, 1907 und 1908, die zur Disposition der Ersatzbehörden entlassen sind und der Truppenleiter beurlaubten Mannschaften, die während Halbinvaliden der vorerwähnten Altersklassen sowie sämtliche auf Zeit anerkannten Halb- und Ganzinvaliden,

in Kleinodda am 13. April 10 Uhr vormittags im Gasthof,

in Klagen am 13. April 2 1/2 Uhr nachmittags im Gasthof zum roten Löwen die Mannschaften der Jahresklassen 1898, 1897, 1898, 1899 und 1900 (mit Ausnahme derjenigen, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1897 und der übermäßig freiwilligen der Marine, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1899 in den Dienst getreten sind), die dauernd Halbinvaliden der vorerwähnten Jahresklassen, sowie sämtliche Ersatz-Reservisten, in Klagen am 14. April 10 Uhr vormittags im Gasthof zum roten Löwen die Mannschaften der Jahresklassen 1901, 1902, 1903, 1904, 1905, 1906, 1907 und 1908, die zur Disposition der Ersatzbehörden entlassen sind und der Truppenleiter beurlaubten Mannschaften, die während Halbinvaliden der vorerwähnten Altersklassen, sowie sämtliche auf Zeit anerkannten Halb- und Ganzinvaliden, in Großgröden am 14. April 2 1/2 Uhr nachmittags im Sad'igen Gasthofe.

Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß jeder Mann verpflichtet ist, seine Militärpapiere nebst der in dem Militärpaß aufzuführenden Kriegesbescheinigung beim Kontroll-Versammlungspunkt zu bringen und zu der Kontroll-Versammlung pünktlich zu erscheinen, bei welcher der betreffende Jahrgang besichtigt ist. Die Jahresklassen, denen die Karte angehängt, sind auf den Militärpaß angegeben.

Einmalige Zweifel sind vor den Kontroll-Versammlungen beim Bezirkskommando zur Sprache zu bringen.

Zus Ergehen zu einer anderen, als der beschriebenen Kontroll-Versammlung ist nicht gestattet.

Weifenfeld, den 11. März 1900.

Königliches Bezirks-Kommando.

Wohnung, 2 Stuben, Kammer und Küche zu vermieten und 1. Juli zu beziehen. Näheres in der Exped. d. Bl.

3 Zimmer, 1 Kammer, 1 Küche, Entree, getragene Kleider und Zubehör per 1. Juli zu beziehen. **Stumenhain 10.**

Herrschaftl. Wohnung

Döberstraße 5, 1. Etage, 1 Salon, 5 Zimmer, reichlich Zubehör, sofort oder später zu vermieten und zu beziehen. Näheres Döberstraße 5, part.

Bahnhostrasse 2

11 die 2. Etage zum 1. Juli zu vermieten. Näheres daselbst, 1. Etage.

Eine Erneuerung an ruhige Leute zu übernehmen und 1. Juli zu beziehen. **Uindstraße 8.**

Eine freundliche Wohnung, bestehend aus 3 Zimmern, Küche und Zubehör, skorid, wird von jungen Leuten zum 1. Juli d. J. gesucht. Angebote mit Preisansatz an die Exped. d. Bl. unter **ER 16** erbeten.



Wie die Sonne

auf dem Rasen, so bleicht die Wäsche im Kessel bei Gebrauch von

Persil.

Gibt blendend weiße Wäsche, ohne Reiben und Bürsten, ohne jede Mühe und Arbeit. Absolut unschädlich, schon das Gerüche und bewirkt enorme Ersparnis an Zeit, Arbeit und Geld.

Überall erhältlich.

ALLEINIGE FABRIKANTEN:
Henkel & Co., Düsseldorf.

Guts-Verkauf.

Ich beschlicke das bisher dem Gutsherrn Hermann Reinhardt in Frieddorf bei Merzburg gehörige Gutmann mit zu 60 Morgen Acker und Wiesen zu verkaufen oder zu verpachten.

Die Gebäude liegen direkt an der Landstraße und befinden sich in sehr schöner Beschaffenheit, alles massiv, gepflasterte Hof, gewölbte Stallungen, Wohnhaus, Waschküche und sehr geräumig. Fast neuer schöner großer Garten am Hause. Die Grundstücke, nur guter ertragsfähiger Boden, liegen in 4 Plänen, teilweise direkt am Dorfe, teilweise ganz nah am Dorfe.

Ich mache dem Käufer äußerst günstige Zahlungsbedingungen und lasse event. einen Teil des Kaufpreises fünf Jahre unentgeltlich mit 4 Proz. liegen.

Verständigung jederzeit gegen vorherige Anmeldeung.

Max Weber, Naumburg a. S.,

Bahnstraße 15. Telefon 426.

Gesucht zum 1. Juli Wohnung 3 Stuben, 2 Kammern und Zubehör. Geht. Offerten mit Preis unter **P 200** an die Exped. d. Blattes.

Suche 1 Wohnung von 2 Stuben, 1 Kammer, oder 1 Stube, 2 Kammern, per sofort oder später. Offerten bitte im Gasthof **zum gold. Stern** abzugeben.

Freundliche Wohnung von 2 Stuben, Küche, Kammer, und Zubehör oder 1 Stube, 2 Kammern, Küche und Zubehör zum 1. Juli zu mieten gesucht. Offerten mit Preis bis 25. März 1900 unter **F Z 2** an die Exped. d. Bl.

Eine Wohnung, 2 Stuben, 2 Kammern und Küche nebst Garten, wird von einem tüchtigen Brautmann zum 1. Oktober gesucht. Offerten unter **N** an die Exped. d. Bl.

Mit überaus praktischer Geschenke zur

Konfirmation

eignen sich unsere vorzüglichen und preiswerten Abonnementprämien

Goethes Werke

Schillers Werke

die wir noch, so lange der Vorrat reicht, zu dem äußerst günstigen

Vorzugspreise von 3 Mark abgeben können. Auf Wunsch Zusendung frei Haus. Anfrageschreiben liegen aus. Verlag des „Merzburger Correspondent“.

Conditorei Elker

von außerhalb zum 1. April führt

Weseres oder einfaches Fräulein von auswärts, rangl., Anf. der 30er, welche die Führung eines H. bef. einl. Haushalt führen will, sucht Stellung auch für größte Arb. Gehalt Nebenlosh. Off. unter **10** an die Exped. d. Bl.

Möblierte Wohnung

von einem Herrn gesucht. Gefällige Anzeigen sind unter **M H** an die Exped. d. Bl. zu richten.

3 neue Fenster, 100x170, 40 Millimeter stark, werden billig verkauft. **Entenplan 3.**

Malerei, und

Schneiderei - Arbeiten.

Saubere Ausführung. Billige Preise.

Büchschenschuss,

Gallischestraße 81.

Zarte fette Majes-Beringe, hochfeine wohlriechend. Maltartoffeln empfiehlt Fritz Schanze.



Mein Stablfement ist bekannt! als beste Bezugsquelle für alle Kinder-nahrungsmittel.

Stets frisch, da großer Absatz. Schweizer-milch (Milkmaid) 50 Pf. Rich. Huber, Central-Deugetrie, Markt 17.

Tonrohre, Hosenknaechte, Geruch-verstärker, Pötelständer verkauft billig.

Kanalisation, Erdarbeiten, Entwässerungsanlagen werden ausgeführt.

Albert Radack, Hallestr. 81.

Schuhwaren empfiehlt in großer Auswahl zu billigen Preisen.

Otto Riedel, Burgstraße 11. Reparaturen schnell und aut.

Preussischer Beamten-Verein, Hauptversammlung

gemäß § 15 der Satzungen: Montag den 29. März 1909 abends 8 Uhr im „Tivol“, Zimmer Nr. 1.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Rechnungslegung.
3. Festsetzung des Mitgliederbeitrages.
4. Wahl eines Vorstehenden und noch eines Vorstandsmitgliedes.

Der Vorstand.

Berein der Gastwirte von Merseburg u. Umgegend. Donnerstag den 25. März, nachmittags 3 Uhr, General-Versammlung in der „Goldenen Angel“.

Tagesordnung:

1. a.: Rechnungslegung, Vorstandswahl.

Der Vorstand.

Funkenburg. Täglich Auftreten der Bayrischen Sänger **Michel Häpp** mit neuen Stücken. Hochachtens O. Herfurth.

Kötzschen. Der Saal ist für mehrere Sonntage noch frei. A. Köke.

Goldne Angel. Mittwoch abend Salzknochen.

Kretschmers Restauration. Donnerstag **Schlachtfest**

heute Mittwoch **Schlachtfest.** Nachmittags frische Würst.

Friedrich Rödel, Hallestr. 71. Telefon 295.

„Reichs-Neu! Neu! Montag Dienstag den Grosbie-Neu“



Krone. Neu! Neu! den 29. und 30. März Sänger. Damen.

Eduard Klauss, Merseburg, empfiehlt sich zur Lieferung von

Stettiner Stern-Zement, Portland-Zement in Tonnen und Säcken, Zement-Kalk, Gips.

Glasierte Tonröhren mit sämtlichen Formstücken.

Tontruppen und -Tröge für Dosen, Kübe, Pferde, Schweine.

Eisenanlässe, Dunsthauben.

Flurplatten in verschiedenen Mustern.

Schamotte-Steine und Mörtel.

Dachpappen, Teer, Carbolinum.

Glasdachziegel.

Bitumen-Emulsion u. Ceresit, D. R. P., zur Herstellung wasserdichten Mörtels.

Zur Frühjahrs-Saison empfehle mein großes Lager von

Hüten in den neuesten Fassons und Farben, als: Haar-, Woll- und Lodenhüte, nur beste Qualitäten. Als Neuheit patentierte Klapphüte.

Konfirmantenhüte von 1 Mark an. Aparte Neuheiten in Herren-, Knaben- und Mädchenmützen.

Reizende Neuheiten in Kravatten, Schlipsen, Herrentücher, weiß und bunt, Hosenträger, Gummigürtel, Regenschirme

Handschuhe in Glace, Wildleder, Seide und Zwirn.

Rich. Hippe Inh. Karl Köppe, Gotthardstraße 24.

Mache darauf aufmerksam, daß ich meine Preise so billig gestellt habe, um mit jeder Konkurrenz konkurrieren zu können.

Mitglied des Rabatt-Sparvereins.

Modes. Gestatte mir ergehenst anzuzeigen, daß sämtliche Neuheiten der Saison eingetroffen sind. Modellhüte stehen zur gefälligen Ansicht.

J. Hagen.

Wir suchen den **Alleinverkauf** unseres allgemein bekannten und beliebten kohlensäuren Mineralwassers **Gerolsteiner Sprudel** für Merseburg und Umgegend einer solventen Firma zu übertragen. Gute Lagerräume Bedingung; Fuhrwerk erwünscht.

Gerolsteiner Sprudel, G. m. b. H., Köln a. Rh.

Reichstrone. Heute sowie täglich Unterhaltungs-Konzerte vom Damen-Ensemble. Angenehme Musik. Harmonium-Befegung. Jeden Sonntag 3 Konzerte.

Herzog Christian. Welt-Panorama. Italienische Riviera. Bordighera, San Remo, Genua, Pisa, Florenz. Eine herrliche Reise.

Schultheiss. Heute Mittwoch abends ab 8 1/2 Uhr Schweinsknochen mit Sauerkraut und Erbsäporee.

Preussischer Adler. Mittwoch Schlachtfest.

Zum alten Dessauer. Donnerstag Schlachtfest.

Dieters Restauration. Heute Schlachtfest.

Donnerstag **frische hausflacht. Würst.** G. Fischer, Reichenheller-Str. 13.

Donnerstag **hausflachtene Würst.** C. Tauch.

Donnerstag **fr. hausflachtene Würst** Friederike Vogel, Rohmarkt 17.

Mädchen-Pension. Junge Mädchen finden in einer besseren Pensionfamilie zur Erziehung des Haus-haltes und der gesellschaftlichen Formen liebevolle Aufnahme. Offerten unter B M 100 Gef. post. anerbend.

Ein Lehrling wird gesucht. Zischerei Gotthardstraße 34. **Fabrik-Sattler** (auf Treibriemen- oder Gefährarbeit) sucht Stellung. Offerten unter O F an die Exped. d. Bl.

Einige geübte **Näherinnen** finden bei guter Bezahlung dauernde Beschäftigung. **K. Mauersberger,** Establishement für Färberei und Hemische Reinigung, Ammendorf.

Junge Mädchen welche Eltern die Schule verlassen, finden Beschäftigung. **C. Görling.**

Gewandte Verkäuferin für Rosamenten, Weiß- und Wollwaren per bald gesucht. Off. Offerten sub G V an die Exped. d. Bl. erbeten

Jüngeres Dienstmädchen zum 1. April gesucht. Zu erfragen Burgstraße 13 I. rechts.

Aufwartung für vormittags gesucht **Bahnstraße 4. part.** Ein blauer Gummiball in der Burgstraße verloren. Bitte gegen Ver-lohnung abzugeben **Burgstr. 9 I.**

Brauner Jagdhund mit weißen Brustflecken und Kettenhalsband entlaufen. Wiederbringer oder Derjenige, wer mit nachweisen kann, wer den Hund eingefangen oder gefesselt hat, erhält **20 Mk. Belohnung.** A Köke, Kötzschen. Hierzu eine Beilage.

Zur Reichsfinanzreform.

An der Nachlaststeuer, so erklärte der württembergische Finanzminister v. Gehler in der Sitzung der Finanzkommission der Zweiten Kammer, halte die Regierung nach wie vor fest. Die Regierung erblicke in der Nachlaststeuer nach wie vor die geeignetste Lösung für die mannigfachen Schwierigkeiten, die sich bei der Beratung über die Reichsfinanzreform ergeben haben. Hieraus ergab sich auch die Stellung der Regierung gegenüber dem Kompromissantrag, dessen nachteiliger Einfluss auf die Verhältnisse der Bundesstaaten in staatsrechtlicher und finanzieller Hinsicht keineswegs zureichend dargelegt worden sei.

„Witwen- und Waisensteuer“ ist die neueste Bezeichnung, mit der die agrarfeindliche Presse die Nachlaststeuer belegt, um Stimmung gegen sie zu machen. Hoffentlich schreiben sich aber die „Kreuzzeitung“ und gesinnungserworbene Blätter hinter die Ohren, was Prof. Adolf Wagner vor wenigen Tagen in einer Versammlung des Bundes der Bodenerformer gesagt hat. Er führte aus, die konervative Bezeichnung der Nachlaststeuer als einer „Steuer auf Witwen und Waisen“ sei nichts weiter als eine hegereiche Redensart, kein ehrliches Argument.

Gegen das Brauntweinmonopol hat sich dieser Tage in Berlin eine Versammlung angesehener Landwirtschaftlicher Brenner ausgesprochen. Obwohl in der Sitzung vereinzelt von Brennern, die der Zentrale nahe stehen, die angeblichen Segnungen des Monopols empfohlen wurden, lehnte die Versammlung diese Besteuerungssatz prinzipiell und mit großer Entschiedenheit ab. Bemerkenswert war es, daß sich fast alle anwesenden Brenner mit äußerstem Nachdruck gegen das Kontingent, gegen seine Aufrechterhaltung und Wiederaufnahme in die neue Vorlage, aussprachen.

Daß die Agrarier Steuererhöhungen betreiben, ist von der liberalen „Köln. Volksztg.“ bisher mit derselben Entschiedenheit geteilt worden, wie in der hündlerischen „Nied. Tagesztg.“. Jetzt aber bringt das rheinische Zentralblatt einen Artikel, in dem offen gegeben wird, daß die Mängel der Steuereinschätzung, auf die Prof. Dr. Hans Delbrück hinsichtlich der östlichen Provinzen hingewiesen hat, im Entlassung stehen mit einer im Osten weitverbreiteten Auffassung. Während die hochentwickelte landwirtschaftliche Technik und andere Fortschritte die Betriebe des Großgrundbesitzes in mehrfacher Beziehung verbilligt und im Vergleich zur Vergangenheit bedeutend lohnender gemacht hätten und während dadurch überausgehende Steigerungen der Bodenpreise eingetreten seien (die „Köln. Volksztg.“ hütet sich wohlweislich, darauf hinzuweisen, daß die Steigerung der Bodenpreise in erster Linie den durch das ausschlaggebende Zentrum veranlaßten Schutzvollhebungen zu verdanken ist, d. h. in Ostpreußen die Ergänzungsteuer den Steigern der Bodenrenten und der landwirtschaftlichen Immobilienwerte nicht in dem Maße gefolgt, wie in den anderen Provinzen mit häufigerem Wechsel). Das Zentrumsmagazin will aber dafür nicht den Landrat verantwortlich machen. Denn dieser könne nicht gegen den Großgrundbesitz aufkommen und sei sogar in vielfacher Beziehung von den Kreisratsmitgliedern materiell abhängig. Deswegen plädiert die „Köln. Volksztg.“, und darin stimmen wir mit ihr überein, dafür, daß als Vorsitzender der Steuerveranlagungskommission statt des Landrats ein nach allen Seiten unabhängig dastehender besonderer Beamter angestellt werden müßte.

Von den Steuerhinterziehungen durch die Agrarier hat auf der nationalliberalen Vertreterversammlung für Ost- und Westpreußen, die am Sonntag in Danzig stattfand, Prof. Heidenhain-Mannenburg einige hübsche Beispiele mitgeteilt. Dabei erzählte er u. a.: Ein Landwirt habe seinen Sohn in der Stadt auf der Schule und zahle für ihn jährlich 1200 M. Pension und 300 M. für Schule, Bücher, Tanzunterricht usw. Dieser Landwirt sei nur mit 2400 M. Einkommen eingeschätzt. Ein anderer Landwirt war ebenfalls mit 2400 M. Einkommen eingeschätzt. Als sein Sohn Kavallerieoffizier werden wollte, mußte er einen jährlichen Zuschuß von 3000 M. garantieren. Er schickte deshalb sein Einkommen auf 4000 M. ein und ließ sich vom Landrat beschleunigen, daß er mit dem Rest von 1000 M. sich standesgemäß leben könne. Ein bekannter Abgeordneter habe einen eigenen Oberförster in seinem Walde, sei aber nur mit 4 M. Einkommensteuer veranlagt. Ein anderer Abgeordneter rechte von der Weidflur habe herausgerechnet,

daß er jährlich Tausende zuschieße und gar keine Steuer zahlen könne. Freiherr von Buddenbrock habe im Kreistag erklärt, daß er keine Steuer zahlen könne. Ein Herr des Kreistages bemerkte darauf: „Ich schlafe vor, dem Herrn eine Armenunterstützung zu gewähren.“

Deutschland.

(Offizierkorps und Adel.) Nach den letzten Reichstagsverhandlungen über das Thema „Offizierkorps und Adel“ bietet das „Militär-Wochenblatt“ vom 18. d. M. eine lehrreiche Vektüre. Es enthält nämlich eine Liste von Offizieren der Hauptkadettenanstalt, die in der Armee als Fähnriche angestellt worden sind. Deren Verteilung auf die einzelnen Regimenter gestattet ein Urteil über die Frage, ob in der Armee eine gewisse Unterscheidung zwischen adeligen und bürgerlichen Offizieren gemacht wird, ob eine gewisse Bevorzugung des adeligen Elements stattfindet. Die Liste des „Militär-Wochenblatts“ vom 18. März umfaßt 62 Fähnriche; 20 davon sind adeliger Abkunft, 42 bürgerlicher. Von den 20 Adeligen wurden 6 in Garde-Regimentern angestellt, 7 kamen zu Regimentern, die nach stiftlichen Personen benannt sind, 2 zu Kavallerieregimentern, 1 zur Feldartillerie, 4 zu „gewöhnlichen“ Provinz-Regimentern. Von den 42 bürgerlichen Fähnriche ist nicht ein einziger bei einem Garde-Regiment angestellt worden; 8 kamen zu Regimentern, die nach stiftlichen Personen benannt sind, 7 zu Regimentern, die nach Herfürren benannt sind, zwei zur Kavallerie, zwei zur Feldartillerie, zwanzig zu „gewöhnlichen“ Provinz-Regimentern, 3 zu Eisenbahn-Regimentern bezw. zum Telegraphen-Bataillon. Vergleicht man die Verteilung der adeligen und der bürgerlichen Fähnriche, so muß man unbedingenerweise zu dem Ergebnis gelangen, daß von einer gleichmäßigen Behandlung nicht gesprochen werden kann.

(Partei-politisches.) In Alzey-Wingen hat die von den Nationalliberalen verschuldete Niederlage des Pfarrers Koroll geradezu anfeuernd auf die Freisinnigen gewirkt. Ununterbrochen finden seitens des Parteisekretärs Kuhlmann Vereinsgründungen im Wahlkreise statt, die Zahl der organisierten Mitglieder wird demnach auf 3000 gestiegen sein. Vor allem ist in bürgerlichen Kreisen die Stimmung für die freisinnige Sache, wie uns von dort gemeldet wird, ausgezeichnet. — Der Liberale Verein zu Plauten nahm kürzlich eine Resolution an, in der erwartet, daß die Freisinnige Fraktionsgemeinschaft nur dann bei der Finanzreform weiter mitwirkt, wenn die von der Regierung vorgeschlagene Reichsverschuldungssteuer (allenfalls in Form einer Erbschaftsteuer) oder eine Reichsvermögenssteuer sichergestellt wird. — Der liberale Verein für Kitzingen und Umgegend hat kürzlich beschlossen, sich „Verein aller liberalen Parteien des Kreises Königberg-Nm. (Eich-Küstrin)“ zu nennen. Er hofft, durch diese Namensänderung die Liberalen des ganzen Kreises besser sammeln und organisieren und so den Liberalismus gegen die starken Parteien der Konserverativen und der Sozialdemokraten wieder heben zu können.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 22. März.) Der Reichstag setzte am Montag die Einzelberatung des Militäräretats fort. Nach den erregten Sitzungen der vergangenen Woche ist eine wohltuende Ruhe und Sachlichkeit eingetreten. Bei den einzelnen Titeln wurde eine Fülle von Wünschen und Beschwerden vorgebracht, die meist nach kurzer, uninteressanter Debatte erledigung fanden. Etwas ausgezehrt war die Diskussion über das Reitende Feldjäger-Korps, dessen Aufhebung die Budgetkommission vorschlug, während ein konservativer Antrag für seine Erhaltung eintrat. Dieser Antrag fand auch Annahme, da durch die Erklärung des Staatssekretärs v. Schöen, daß das Husarenkorps nur ein großes Interesse an der Erhaltung dieses Korps habe, auch das Zentrum dem Wunsch der Rechten nachkam. Beim Kapitel „Verkleidungsamt“ gab es eine kleine Handwerkerdebatte. Abg. Zil (Ztr.) wünschte, daß seine neuen Verkleidungsämter geschaffen werden, wogegen die Freisinnigen mit Recht betonten, daß ja diese Verkleidungsämter auf Wunsch des Handwerkers geschaffen seien und daß es nicht angehe, diese Einrichtung so bald wieder zu beseitigen. Nach weiterer Beratung verschiedener Kapitel wurde die Fortsetzung der Debatte auf Dienstag vertagt.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 22. März.) Das Abgeordnetenhaus setzte am Montag die Beratung des Baucetats fort. Eine längere Debatte entpinnete sich über eine Petition der Stadt Stolp, welche bat, die Elektrizität für die Staatsgefängnisverwaltung von der Gemeinde Stolp statt von dem Elektrizitätswerk des Herrn v. Zimmig zu beziehen. Die Kommission beantragte über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen. Aus dem Hause nahm neben dem Minister v. Brettenbach, der sich besonders gegen die Verteilung des „Berliner Tagesblatts“ über diese Angelegenheit aussprach, der konservative Abg. v. Boehm das Wort, der, obwohl er zu vermittelten Indiz,

sich doch ziemlich scharf gegen den Minister aussprach. Der Minister erklärte, daß die einzige Ursache für die Bevorzugung des Elektrizitätswerkes des Herrn v. Zimmig darin zu finden sei, daß die Stadt Stolp bis zum Jahre 1908 einen höheren Preis gefordert habe. Das Haus erwiderte diese Petition durch Übergang zur Tagesordnung. Eine längere Debatte rief ein Antrag des konservativen Abg. v. Brandenstein hervor, der verlangte, daß das Versehen bei der Erwerbung von Grundstücken für die Gefängnisverwaltung eine grundsätzliche Änderung in der Art erfahre, daß an die Stelle der Bestimmungen des Elektrizitätsgesetzes von 1888 die Bestimmungen des Elektrizitätsgesetzes von 1874 treten. Mehrere sämtlicher Parteien traten dafür ein, daß dieser Antrag in einer besonderen Kommission beraten werde. Der Abgeordnete Dr. Müller-Sagan von der Freisinnigen Volkspartei nahm dabei Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß es bei Durchführung dieses Antrages auch möglich sein würde, eine Verbesserung des Vorortvertrages durchzuführen. Der Antrag wurde einer besonderen Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen. — Am Dienstag wird die Beratung fortgesetzt, außerdem finden Wahlprüfungen und kleine Vorlagen auf der Tagesordnung.

— Über die Haltung der Freisinnigen gegenüber dem Schlußantrag der Konfessionen und der National-Liberalen, der am Samstag beim Titel Kriegsminister im Reichstage gestellt wurde, und zur Konstatierung der Beschäftigungslosigkeit führte, sind unrichtige Meldungen in der Presse verbreitet worden. Die Freisinnigen wären nicht mit diesem Antrag mitgegangen, sondern sie wären von vornherein entfallen, ihn abzulehnen, da sie es für ein Gebot der Gerechtigkeit hielten, nach den Angriffen des Kriegsministers noch einen Sozialdemokraten zum Wort zu veranlassen. Man hat dann den Konfessionen auch keinen Zweifel gelassen, daß man gegen den Schlußantrag stimmen würde. Aus diesem Grunde wurde der Antrag auch zurückgezogen. Die Konfessionen hätten sich diese Widerlage erspart können, wenn sie die Stimmung der Freisinnigen rechtzeitig sondiert hätten.

Volkswirtschaftliches.

Der Entwurf zu einem neuen schwedischen Zolltarif wird die Bekämpfung enthalten, daß der Export von Getreide das Recht eingeräumt werden soll, eine entsprechende Menge Getreide zollfrei einzuführen. Damit würde das seit 1894 in Deutschland bestehende System der Einfuhrzölle auch in Schweden zur Einführung gelangen. Der Zollfrei beträgt in Schweden für Roggen, Weizen, Gerste, Haies, Hohnen, Unzen 370 Kronen — 416 Mk., für Weiz 650 Kronen — 731 Mk. per Doppelzentner. Auch in Frankreich und in Frankreich hat man die Einführung des deutschen Einfuhrzolltarifs in einseitige Eröndung gezogen.

Der Verband deutscher Handelsmüller hat in seiner 11. ordentlichen Generalversammlung, die kürzlich in Berlin stattfand und von einer großen Zahl von Müllern aus allen Teilen Deutschlands besucht war, sich entschieden gegen die Einführung einer staatsförmigen Mühlennachsteuer ausgesprochen. Die Versammlung erklärte unter Bezugnahme auf die den geltenden Verordnungen in mehreren Punkten gegebenen ausführlichen Begründungen, daß die Einführung einer solchen Steuer kein geeignetes Mittel wäre, um die Lage der deutschen Mülerei günstiger zu gestalten, sondern nicht allein diese auf das empfindlichste schädigen, sondern auch für die Landwirtschaft unangenehme Überforderungen mit sich bringen würde. Die deutsche Mülerei müßte nämlich bei Einführung einer staatsförmigen Mühlennachsteuer entweder durch Mehrwertsteuerung dem Import von Auslandsmehl die Wege ebnen, oder wenn keine Mehrwertsteuer eintreten soll, dem deutschen Landmehl gegenüber niedrigerer Preise für dessen Brotgetreide zahlen. Ferner erlosch der Verein Protest gegen die angebliche Absicht der deutschen Regierung, den Weizenkonflikt mit der Schweiz durch eine Freigabe des schweizerischen Weizen zum Zwecke der Erhöhung dieses Jolles durch die Schweiz zur Erledigung zu bringen. — Außerdem beantragt der Verein, beim Reichstag zu beschließen, die Einfuhrzölle in dem Maße abzubauen, daß die Einfuhrzölle, welche für die Brotgetreideausfuhr nach dem Auslande erteilt werden, nur für Brotgetreideausfuhr (Weizen und Roggen) in Anrechnung gebracht werden und nicht zur Zollverrechnung bei der Einfuhr anderer Güter Verwendung finden dürfen. Der Reichstag wird ferner ersucht, durch Reichsgesetz die Aufhebung sämtlicher Ausnahmetarife für die Brotgetreideausfuhr zu erwirken.

Provinz und Umgegend.

† Verburg, 22. März. Oberbürgermeister Leinweber ist von dem Stadtvorordnetenkollegium unter gleichzeitiger Erhöhung seines Gehaltes wiedergewählt worden.

† Erfurt, 22. März. Bei zwei hiesigen Geschäftslenten find heute falsche Hundertmarkscheine in Zahlung gegeben und auch angenommen worden. Die Scheine find durch Lichtdruck hergestellt. Der Verdruck der roten Nummern und Stempel ist mittelmäßig gefehlen. Es greifen sich nicht so rauch an wie die echten Scheine, und ihr Untergrund ist nicht weiß, sondern bläulich-weißlich.

† Rudolstadt, 22. März. Der Landtag bewilligte für die Entwässerung der linksseitigen Unfruchtbarkeit der Regierungsvorlage zufolge bis zu 19 Prozent der Kosten der Ausführung des Projektes, jedoch soll der Betrag von 10 000 M. nicht überschritten werden. Die Gesamtkosten, welche von den Grundbesitzern zu tragen sind, betragen 150 000 M.

† Halle, 22. März. Nach vorangegangenen Streit mit ihrem Gemann begab sich heute morgen die Gattin des Formers Dachsorn mit Petroleum und steckte dann ihre Kleider in Brand. Die Unglückliche glücklicherweise erlitten keine Verletzungen. Obwohl die Tat gleich bemerkt und die Flammen bald erstickt werden konnten, ist Frau Dachsorn doch am ganzen Oberkörper schwer verbrannt. Sie wurde in hoffnungslosem Zustande in die Klinik gebracht. — In vergangener Nacht verstarb der Direktor der K. Kiebedischen Montanwerke Gustav Adolf Stolle im 71. Lebensjahre. Der Verstorbene hat, seitdem die Firma K. Kiebed nach dem Tode ihres Gründers als Aktien-Gesellschaft besteht, dieselbe als kaufmännischer Direktor vorgeleitet.

† Torgau, 23. März. Der Schraubendampfer „Martha“ der Vereinigten Elbe-Dampfschiffahrtsgesellschaft ist gestern nachmittag in der Nähe des Großen Dittagehages (bei „Insel Tom's Hütte“) beim Überholen eines Lagerflusses, der aus dem Winterhafen bugiert wurde, mit der Besatzungsmannschaft mitten auf der Elbe umgekippt und untergegangen. Nur mit großer Mühe gelang es, die in der Mitte des angeschwollenen Stromes treibende Mannschaft zu retten. Mit knapper Not vermochte sich der Maschinenmeister aus dem Maschinenraum, der sich in wenigen Augenblicken mit Wasser füllte, herauszuarbeiten.

† Wimmelburg b. Giebichen, 22. März. Bei Sprengarbeiten im Otto-Schacht wurden am Sonntag drei Bergleute schwer verletzt.

† Braunschweig, 22. März. Die Zimmergesellen des Kreiszimmermeisters Hanisch haben heute früh die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Der Arbeitgeberverband hat dabei die für heute angekindigte Aussperrung aller im Baugewerbe beschäftigten Personen zurückgenommen.

† Weida, 22. März. Ein sonderbares Abfuhrmittel. Im benachbarten Rufersdorf litt der Knecht des Gutbesizers Sch. an Verstopfung. Er hatte sich ein 26 Zentimeter langes Stüd vom Rechenfisch ab und führte es in den Leib ein und zwar so tief, daß es seinen Fingern entschlüpfte. Da er dann in einigen Tagen über Leibschmerzen klagte, ging er zu einem Weidener Arzt, der nach langen Bemühungen das Objekt ans Tageslicht beförderte.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 24. März 1909.

** Personalnotiz. Landesbaurat Czajenz von hier wurde von dem 3. St. in Kiel tagenden Tage der Provinz Schleswig-Holstein zum Landesbaurat ernannt.

** Die Wasserbauinspektion veröffentlichte Dienstag mittag hier folgende Hochwassermeldungen: Nebra 2,10 m, Saalburg 1,10 m, Mühlstadt 1,10 m, Zena 1,40 m, Kösen 1,10 m, Weißenfels 1 m. Wuchs. Eine Überflutung des Neumarkts wahrscheinlich. — Aber das Hochwasser der Saale wird uns noch berühren: Auch am Dienstag wurde ein fortgeschrittenes Steigen des Wasserstandes beobachtet. Der Pegelstand am Montag mittag war am O. P. 3,62, am U. P. 3,08; Dienstag mittag O. P. 3,86, U. P. 3,36; nachmittags 3 Uhr O. P. 3,88, U. P. 3,36. — Die Auenweiesen sind vollständig überflutet. Seit Montag nachmittag ist auch der Weg längs der Saale am Neumarktfriedhof überflutet. Da es sehr wahrscheinlich ist, daß der städtische Bauverwaltung die Notbrücken links und rechts dieses Stadtteils und auch in der Kaufstraße aufstellen lassen. Auch zwei Fischermeister sind ange stellt, die unentgeltlich den Verkehr mittels Rähnen aufrecht erhalten sollen. Die Vorleser unserer städtischen Behörden ist nur anzuerkennen, dagegen ist aber doch zu wünschen, daß das Hochwasser nicht wieder die Höhe erreicht wie im vergangenen Monat. Vielen Einwohnern bleibt dann großer Schaden und Verdruß erpart.

** Vor 900 Jahren, am 24. März 1009, starb Bischof Wigbert von Merseburg, der nach Wiederherstellung des Bistums Merseburg durch Kaiser Heinrich II. im Jahre 1004 unser Bischof geworden war. Sein Grab ist im Dom in der Bischofskapelle vor dem Altar des heiligen Stephanus. Zur Begründung der Merseburger Stiftsbibliothek hat Bischof Wigbert beigetragen. Den Rain Zutirone, den die Anwohner göttlich verehren und vor alter Zeit hier verlegt, hat er gestiftet und dort dem Märtyrer Romanus zu Ehren eine Kirche gegründet. Man hat diesen alten Rain vor Merseburg bei der Fölanerriede gelüht, doch ist in der dortigen jümpferigen Niederung der überflutete Kirchbau sehr unwahrscheinlich. Der Name deutet auf eine andere Gegend des Hochstifts Merseburg. Zutirone zwieschen heiliger Wald von swiety, heilig, und bor, Wald. Dieser Name ist bis heute erhalten in der Ortschaft Scheitbar bei Lützen, das in einer Urkunde und in der Chronik

Schiltburi und Schitheber heißt. Sehr vortheilhaft wird Bischof Wigbert in der Chronik geschildert: „Er war ausgezeichnet von Gestalt und Äuße, hatte ein sehr angenehmes Drogen und einen vortheilhaftigen Vortrag, war gleich im Rat, unterhalten im geselligen Preise und außerordentlich freigebig.“ Bei Kaiser Heinrich II., der für Merseburg so viel getan hat, stand Bischof Wigbert in sehr hohem Ansehen. Die Besitzungen des Hochstifts Merseburg hat er vermehrt und auch von seinen eigenen Gütern 7 Höfe geschenkt und einen Bergwald, den man den „schönen Berg“ nannte. Vor seiner Erhebung zum Bischof von Merseburg war Wigbert im Dienste Heinrich II. vertrauter Rat und sein Kaplan. 10 Jahre litt er an einem schweren körperlichen Leiden, am meisten im Monat März, infolge eines vergifteten Trankes, den er, ohne es zu wissen, zu sich genommen hatte. Wigberts Nachfolger war der 1009—1018 regierende Bischof Theimar von Merseburg, der berühmte Chronist, dem wir die vorstehenden Nachrichten verdanken.

□ Der hiesige Evang. Arbeiter-Verein veranstaltete am Sonntagabend im „Tivoli“ einen Familienabend. Nach dem Gesänge des gemeinsamen Liedes „Ein gutes Verze wissen“ begrüßte der Vorsitzende, Herr F. F. F. F., herzlich die Anwesenden und gab seiner Freude über den zahlreichen Besuch des letzten Familienabends Ausdruck, dessen Reinertrag den Konfirmanden der Vereinsmitglieder zugute kommen soll. Der Vortrag des „Deutschen Wahlpruchs“ von Trümmler, in dem etwas zu süßlich ist von dem Geiste der „Urniederländischen Volkslieder“, bereitete der nun folgenden Ansprache des Herrn Superintendenten Vithorn den Boden. Der Herr Redner führte etwa folgende Gedanken aus: Nach langem Barten ist endlich der Vorkühling gekommen. Freudig grüßen wir seine ersten Voten. Gerade der Vorkühling hat seinen besonderen Reiz, weil uns in ihm die Ahnung neu erwachenden Lebens aufleuchtet. Ein Vorkühling im nationalen Leben brach für unser Volk vor 100 Jahren an, als Männer wie Schill und Hofer auftraten. Freilich unterlagen diese Vorboten neuen nationalen Lebens bald dem Gewalttherrn Napoleon, es ist schön, als sei ihr Wirken vergeblich gewesen. Mehrere Geschichtsschreiber haben über diese Männer abgeurteilt, die Volksleide aber hat anders empfunden und hat nicht abgelassen in ihrer Liebe zu den Helden. Den schönsten Ausdruck hat der Rufm der beiden Helden im Liebesgedichte, Julius Moser (zu Manica in Vanden), Schenkerdorf (Schill, eine Geistesflamme) und G. M. Krenz (Es zog aus Berlin ein tapferer Held) haben die beiden Helden vollstänlich besungen und mit ihren Liedern Wiederhall gefunden im Herzen des Volkes, denn diese Männer tragen den Geist in sich, der die Bedingung ist zur Erhebung, zur Kraft und zur Freiheit. Sie waren erfüllt von echter, edler Begeisterung für das Vaterland, von Mut, der auch vor dem Unmöglichen nicht zurückschreckt, und von Opferwilligkeit, die auch das Leben einsetzt. Diese Tugenden sind auch heute noch die Grundbedingungen der Größe. Auch der nationalen Arbeiterschaft werden sie hoffentlich nicht fehlen. Auch sie wird wie Schill und Hofer den Grundfals wahr machen: „Und setzt ihr nicht das Leben ein, nie wird euch das Leben gewonnen sein!“ — Ein Quartett beendete den ersten Teil des Abends. Der zweite brachte nach einer Deklamation und dem Chorlied „Heimatlied“ von Schiebold die Aufführung des zwölftägigen Schwanks „Eine moderne Feuerprobe“. Das Stück wurde von den Mitwirkenden frisch und flott wiedergegeben, so daß die Hörer am Schluß lebhaften Beifall spendeten. Ein gefälliges Vorkommen bildete den Abschluß des Familienabends.

** Mieter-Verein. Die Versammlung am Montagabend wurde vom Vorsitzenden, Herrn Reg.-Rathschreiber Buchhalter Fröbe, mit Begrüßungsworten an die Erschienenen eröffnet, sodann das Protokoll der letzten Versammlung genehmigt und hieran die Mitteilung geknüpft, daß die Mitgliederzahl sich jetzt auf 122 erhöht habe. Es folgte darauf die Beratung der Statuten. Dieselben, im Entwurf nach dem Muster derjenigen des Jenaer Mieter-Vereins ausgearbeitet, wurden genehmigt bis auf einige kleinere redaktionelle Abänderungen, die dem Vorstande übertragen wurden. Anwesend war gleichzeitig der Rechtsbeistand des Vereins, Herr Rechtsanwalt Scholz, der u. a. einige kurze Erläuterungen über eventuell auszuführende Streitigkeiten zwischen Mieter und Vermieter gab. Hierbei sollen nur derartige Fälle zum Austrag gebracht werden, bei denen es sich um Sachen von prinzipieller Wichtigkeit handelt, die also ein großes allgemeines Interesse haben. Es sollen ferner Mietsverträge nach dem Muster des Jenaer Vereins angefaßt und den Mitgliedern ausgeschickt werden. Als Versammlungstag wurde der zweite Dienstag im Monat festgesetzt; die Bekanntmachungen des Vereins sollen in den beiden hiesigen Blättern erscheinen. Nach Erlebigung einiger kleinerer interner Angelegenheiten wurde die Versammlung mit dem Ausdruck des Wunsch geschlossen, daß sich die Mitgliederzahl recht bald noch vermehren möge.

* Weltpanorama im „Herzog Christia n“. Im Weltpanorama finden zuweilen die schönsten und meistbedeutendsten Gegenstände zu schauen. Zunächst ist es die Riviera, welche in einer Reihe entzückender Bilder das Auge fesselt, so das in bezugiger Lage aufgebaute Ventimiglia, Bordighera mit landschaftlich bedeutender Aussicht und einem schönen Strand- und Buchtenbild. Ganz besonders aber fesselt San Remo, das am Meer entzückend schön gelegen ist, mit herrlichen Felsenbildern und einigen anderen, welche Einbildung gewähren in das Getriebe dieses so viel besuchten Kurortes. Auch das Haus, wo Kaiser Friedrich gewohnt und gelitten hat, fehlt nicht, für uns Deutsche eine denkwürdige Stätte. Weiter folgt dann das großartig am Meere gelegene Genoa und das schöne St. Margherita mit vielen eleganten Villen. Caracas präsentiert sich mit seinem berühmten Marmor, Pisa fällt auf durch seinen weltberühmten schiefen Turm und durch die reiche Fassade und das prachtvolle Innere des Domes. Nun folgt Florenz in großartig schöner Lage, und aus dieser vielgerühmten Stadt selbst der herrliche Dom, die Taufkapelle, das Palais und die im Aubingial deselben enthaltenen Wandgemälde. Schließlich ist noch Siena mit ihrem Dom zu erwähnen, der ein Meisterwerk der Architektur darstellt. Mögen alle, die sich für diese prächtige Bilderwelt interessieren, den Besuch des Panoramas nicht veräumen.

Stadtverordneten-Sitzung.

Merseburg, 22. März 1909.

Der Stadtverordneten-Vorherr Justizrat Wege eröffnete die heutige Sitzung mit folgenden Mitteilungen: a) Der Oberpräsident von Hegal teilt mit, daß der Reichstag am 28. März nach hier einberufen ist. Zu dem am gleichen Tage stattfindenden Eröffnungsprotokoll im Dom sind Magistrat und Stadtverordnete eingeladen. — b) Der Stadtdirektor Schölze ladet die Stadtverordneten in einer Schreiben zur Beschäftigung der Schülerarbeiten und zum Besuch des am Mittwoch den 24. d. M. und zur Feier der Entlassung der Konfirmanden am Mittwoch den 31. d. M. ein. — c) Von den Stadtverordneten der Stadtverordneten, betreffend Erhebung der Zahl der Stadtverordneten, hat der Magistrat in einem neuen Entwurf festgestellt. Dieses findet ohne Debatte die Genehmigung der Stadtverordneten. — d) Der Vertreter August Kralitz von hier bittet in einem Schreiben an die Stadtverordneten-Versammlung um Arbeit. Der Brief ist akzeptiert und wird zu den Akten genommen. Die Stadtverordneten erledigen hierauf die Tagesordnung wie folgt:

1. Entlassung der Rechnungen: a) Der Rechnungsabstufung für 1907. Berichterstatter Stadtd. Eichardt. Die Kasse ist geprüft und stimmt in Einnahme und Ausgabe mit 1864,50 M. ab. — b) Der Witwen- und Waisenkasse der hiesigen Beamten und Lehrer für 1907. Berichterstatter Stadtd. F. F. F. F. Die Kasse zeigt einen Überschuss von 113,72 M. ab und 7539,96 M. auf, so daß ein Rückzug von 432,32 M. erforderlich war. c) Der Bürgerrettungsanstalt für 1907. Berichterstatter Stadtd. Eichardt. Die Einnahme beträgt 4785,80 M., die Ausgabe 2739,34 M., mit 1618,46 M. ab. — d) Der Kapitalbestand ist auf 95,325,11 M. angemacht. — Die Entlassung der Rechnungen wird erledigt.

2. Ablehnung der vom Militärstützpunkt begeherten Abhebung gewisser Ausgaben von der Summe der Baukosten für die Kaserne. Berichterstatter Stadtd. Scholz. Die Baukostenabrechnung der Kaserne schließt mit 1139,772 M. ab und 7539,96 M. auf, so daß ein Rückzug von 432,32 M. erforderlich war. In der obigen Baukosten ist ein Betrag von 1200 M. für die Anstellung eines Baumeisters und 66,86 M. für Reisekosten des Bauleiters zwecks Prüfung von Materialien enthalten. Der Reichs-Rechnungshof hat die Anrechnung dieser Beträge verweigert, da sie in die Baukosten nicht eingestuft werden dürfen. Der Magistrat stellt sich dagegen auf den Standpunkt, daß sie wohl dazu gehören und dies umso mehr, als die Stadt St. sich an die Intendantur als die berufene Vertreterin des Fiskus gemeldet hat und diese Ausgabe im vollen Einverständnis mit dieser geschahen ist. Die Übernahme dieser Beträge auf den Baufonds wurde rückwärts aufgelöst. Der Berichterstatter stellt sich aber auf einen anderen Standpunkt. Die Zulassung der Intendantur ist nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch ohne rechtlichen Grund gegeben. Nach Prüfung des Betrages kann man nur dem Standpunkt des Rechnungshofes beistimmen. Ein Prozeß hat wenig Aussicht auf Erfolg und verursacht nur erhebliche Kosten. Er beantragt daher, den Magistratsantrag abzulehnen. Bürgermeister Koth be begründet den Magistratsantrag. Als Grund der Verhandlungen mit der Intendantur ist anzuführen, daß die Ausgaben im vollen Einverständnis mit dieser Behörde gemacht worden sind. Mehr konnte doch nicht gegeben, als den Gegenfortschritten zu fragen, ob es sich mit der Ausgabe und Übernahme auf den Baufonds einverstanden erklärt. Dies ist gegeben. Er bittet, den Magistratsantrag anzunehmen und den Einwand des Rechnungshofes abzulehnen. Der Berichterstatter erhebt die Einsprüche, die rechtliche Seite des Einwandes. Er bezieht sich auf die von ihm irrthümliche Auffassung der Intendantur zu Grunde liegt. Stadtd. Koth ist ebenfalls für Ablehnung des Antrages. Die Abrechnung ist bisher klar gegeben; ein Prozeß wegen der verhältnismäßig geringen Beträge ist nicht angebracht, da man sich dadurch erst nur das Wohlthun dieser Behörde verzeihen. Stadtd. Koth ist für den Magistratsantrag, da die Stadt in ihrem vollen Rechte ist. Den Rechtsstandpunkt erörtern nochmals einleitend Stadtd. Scholz und Bürgermeister Koth. Stadtd. Eichardt ist für Ablehnung. Bei der Abstimmung wird der Magistratsantrag angenommen. 12 Stadtverordnete stimmen dafür, 11 dagegen.

3. Antrag mit der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft über den Austausch von Gelände am Elektrizitätswert. Berichterstatter Stadtd. Krüger. Am 3. Juli v. J. kam durch Gerichtsbescheid betr. der Abgrenzung des Geländes vom Grund-

Zwangsvorsteigerung.

Mittwoch den 24. d. M. vorm. 10 Uhr

verleigere ich im Casino hier
1 Plüschsofa, 1 Spiegel, 1 Vertikow, 1 Bettelstempel und 1 Wanduhr (Freischwinger).
 Merseburg, den 22. März 1909.
Tschentz, Gerichtsvollzieher.

Volksschulen.

Die Anmeldung der Kinder, die Eltern d. 3. schulpflichtig werden, findet an folgenden Tagen

nachmittags 4 Uhr

in der **Altenburger Schule** Knaben und Mädchen am 25. März.
 Bezirk der **II. Bürgerschule** und der **Neumarktschule** Knaben u. Mädchen am 26. März.

Schulpflichtig werden alle Kinder, die in der Zeit vom 1. Oktober 1902 bis 30. September 1903 geboren worden sind und sind die 1908 zurückgestellten Kinder wieder anzumelden.

Bei der Anmeldung müssen Impf- und Taufschein vorzulegen werden. Nur die Kinder sind persönlich vorzustellen, deren Befreiung vom Schulbesuch gewünscht wird.
 Merseburg, den 16. März 1909.
Irgang, Rektor.

Möbl. Wohn- und Schlafzimmer

zu vermieten **Gallestr. 59 II.**
Einfach möbliertes Zimmer zu mieten gesucht. Schriften mit Preisangabe unter **A 1** in der Exped. d. Bl. niederzulegen.

Großer Laden

mit oder ohne Wohnung 1. Juli 1909 preiswert zu vermieten **Burgr. 13.**

Hausverkauf.

Erbschaftsbesitzer soll das **Obsthauserstraße 11** belegene Grundstück, Grundstück 26 800 M., verkauft werden. Nähere Auskunft erteilt **Fr. M. Kunth.**

Geschäftshaus

in bester Lage der Stadt zu verkaufen oder großer Laden mit Wohnung zu vermieten. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Wohnhaus

mit großen Garten ist preiswert bei geringer Anzahlung zu verkaufen. Zu erfragen **Entenplan 3.** im Laden.

Gebr. Kinderwagen mit Gummirreifen zu verkaufen **End 20 II.**

Ein gut erhaltener Kinderwagen und ein Bistz, 3 Bände, ganz neu, billig zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Eine hochtragende Zärfel

steht zum Verkauf **Runkelst. 21.**

Eine Dobermannhündin, dressiert, 1 1/2 Jahr alt, sehr billig, ist unkünderfähig zu verkaufen. Preis nach Übereinkommen.
Nass, Polzeiwachmeister.

Grossmutter's

Hustentee

hat sich außerordentlich bewährt bei **Guten Verheilung** zu **Allein** bei **Richard Kupper, Markt 17, Central-Drogerie.**

Schulranzen, Tafeln, Griffel, Schwämme, Brotdosen

in grösster Auswahl.

Wilhelm Köhler,

H. Ritterstraße.

Lassen Sie sich nicht irre machen.

Kinder- u. Sportwagen

kaufen Sie die besten deutschen Fabrikate, wie: Brennabor, Nachter etc. im

Spielwarenhaus Wilhelm Köhler.

Niemand ist in der Lage, Ihnen eine reelle gute Ware besser und vor allen Dingen billiger zu liefern.

Enorme Auswahl. Reparaturen billigst.



Schutzmarke.

Eine angenehme Überraschung

für viele Leute sind die hübschen, praktischen Geschenke, die jedem Paket des Reichenteufelwunders „Goldperle“ beiliegen. — Kaufen Sie nur Reichenteufelwunder „Goldperle“!

Fabrikant: **Carl Gentner, Göppingen.**



Künstliche Zähne, Plombe etc.

Umarbeitung schlechtsitzender Gebisse.

Schmerzloses Zahnziehen. — Mässige Preise

Willy Muder, Merseburg, Markt 19.

Gegenüber dem Ratskeller.

Gut erhaltener Ladentisch und zwei Regale preiswert zu verkaufen **Gotthardstr. 25.**

Hochmofer-Boffarten,

Widbrud, aber verschiedene Anfertigen, a 10 Pf., verkauft

Goldener Löwe.

Echt Belgoländer Hochmofer bei Regenstau, Gicht, Rheumatismus bringen schnellstens Binderung, a Stk. 60 Pf. **Mehlverkauf**

Reinhold Rietze, Kaiser-Drogerie, Rohmarkt 5.

Klaviere!

Käbel aller Art erhalten einen entzückenden Hochglanz mit **Dr. Süss's Klavierpolitur**, a Flasche 1 M. **Central-Drogerie Richard Kupper.**

Achtung!

Empfehle sämtliche

Schuhwaren

in **Stiefeln, Rindleder und Porzellan, Stiefel und Schuhe** nur bester Arbeit zu billigen Preisen unter Garantie, **Sohlen, Absatz, Brandsohlen und Kappen** nur rein Leder, nicht Kappe oder Kunstleder. Ich zahle jeden Preis voll zurück, wenn meine Urachen nicht mehr sein sollten.

Emil Mende,

Bestell-Anstalt, **Zohannisstraße 12.**

Gamaschen

aus Segeltuchen Leder und Tuch empfindlich billigst **Hildebrandt & Rulfes**

Zur Frühjahrs-Anpflanzung.

3-4 Wandel sehr schöne **Pflaumenbäume** sind abzugeben. Zu erfragen bei **C. Brendel.**



Kein anderes Produkt ersetzt Gummi-Politur! **R. Kupper, Central-Drogerie.**

Verantwortliche Redaktion: Druck- und Verlag von Th. Köhler, Merseburg.

Schultornister.

Allezeitiges Fabrikat. Garantie für jedes Stück. Vorzeiger dieses Inzerates erhält bei n. Einkauf 1 große Oftertite

gratis.

M. Bär

Halle a. S. Gr. Ulrichstr. 54.

Eine Wäscherolle

recht zur gefälligen Benutzung **Oelgrube 13.**



Brifetts

sind die besten. **Ludewer Preßtorf** Sommerpreise enorm billig. **Paul Göhlich, Neumarkt 39.** Fernsprecher 309.

Mastrindfleisch.

Kochfleisch a Pfd. 50 Pf., Bratenfleisch a Pfd. 65 Pf. empfiehlt

L. Nürnberger.

Geschälte Apfelsinen

feinster Qualität zu haben bei **C. Heidebrecht Ww., an der Gelfst 6**

Mittwoch abend und Donnerstag empfiehlt

Raldannen

Rob. Reichhardt

100 M.

kann eine jede Hausfrau mit Leichtigkeit verdienen durch gute Führung des Haushaltes, ohne sich Einschränkungen anzulegen. Kaufen Sie eine Postkarte

Für

5 A. Schreiben Sie diese an die Firma Jürgens & Pritzen, Goch die Postkarten der beliebigen Margarine-Spezialitäten Rheinflechte und Soko in Carton und ersuchen Sie um Gratis-Zuschendung der vornehm ausgestatteten Aufklärungs-Broschüre über Margarine.

5 S.

Unsere diesjährigen neuen Muster in Wohnzimmer- und Salonmöbeln sind entzückend schön und offerieren

billigt:

1 mod. Salonsofa	Mf. 110,-
1 „ Plüschgarnitur	Mf. 250,-
1 „ Trümeau	Mf. 60,-
4 „ Stühle a 7,50	Mf. 30,-
1 „ Salonstisch	Mf. 40,-
1 „ Plüschhänder	Mf. 10,-
	Mf. 500,-

Wohnzimmer:

1 mod. gef. Sofa	Mf. 78,-
1 „ Vertikow	Mf. 78,-
1 „ Trümeau	Mf. 50,-
1 „ Ausgestrich.	Mf. 28,-
4 Stühle	Mf. 22,-
1 Plüschhänder	Mf. 10,-
	Mf. 346,-

Komplette moderne Küchen 9) d. 120 M. in hochfeiner Lackierung. Es bitten um gef. Beschickung **Gebr. Kroppenstädt,** Halle a. S. Gr. Wäckerstraße 4. Vertreter für Merseburg u. Umgebung **Bermann Schott, Hallestr. 46.**

Correspondent.

Bezugspreis: 10 Pfennig. 3. Abholung u. d. Hauptbestellen 1 Wrt. monat. 35 Pf. u. d. Post 1,20 Wrt.; bei Bestellung durch den Postboten 1,22 Wrt., durch andere Kurierboten in der Stadt u. auf d. Lande 1,30 Wrt. monat. 40 bzw. 50 Pf. bezugsweise 5 Pf. nach anstandslos mit Vorzugslohn. — 2. Abt. wird ersandt wöchentl. 6 mal sonntags, mit Wochensumme bez. Tage nach Com.-u. Festtagen; in den Hauptbestellen der Stadt um 1/2 Wrt. weniger. — Rücklauf unterer Originalnachrichten aus mit beizuhaltender Originalangabe gestattet. — Nur Briefe ohne unzulässige Zusätze fern. Verbotlich.

Wöchentliche Gratisbeilagen: 1. **sonntagsblatt** mit 16 färbiger Modebeilage. 2. **Landwirtsch. u. Handelsbeil.** mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis: für die erste Beilage oder deren Raum 1. Stadt u. Kreis 1/2 Wrt. 2. u. 3. Wrt. 1/3 Wrt., 4. u. 5. Wrt. 1/4 Wrt., 6. u. 7. Wrt. 1/5 Wrt., 8. u. 9. Wrt. 1/6 Wrt., 10. u. 11. Wrt. 1/7 Wrt., 12. Wrt. 1/8 Wrt. Bei vollständiger Satz entsprechender Mühseligkeit. Gebühre für Größere Beilagen nach Uebereinstimmung. Für Nachbestellungen und Eilenanträge besondere Berechnung, nach anstandslos mit Vorzugslohn. Erfüllungsort: Merseburg. — Abg. Anzeigenannahme in unserer Geschäftsstelle für schriftliche Anfragen bis 10 Uhr vormittags, für Remittenzen bis 12 Uhr mittags.

Nr. 70.

Mittwoch den 24. März 1909.

35. Jahrg.

Die Schifffahrtsabgaben.

Augencheinlich um dem Freizium eine besondere Freude zu machen, ist im „Reichsanzeiger“ kürzlich der Befehlswort erschienen, durch den die Abgabefreiheit der freien Ströme befestigt werden soll. Damit soll eine der besten Erzeugnisse des wirtschaftlichen Liberalismus wieder befestigt werden, einer jener Fortschritte, die für das wirtschaftliche Leben Deutschlands von entscheidender Bedeutung gewesen sind. Seit anderthalb Jahrhunderten kämpfen Agrarier aller Schattierungen von der äußersten Rechten über das Zentrum bis zu den Nationalliberalen gegen die Abgabefreiheit der natürlichen Wasserstraßen lediglich aus dem Gedanken heraus, weil auf diesen etwas ausländisches Getreide hineinkommt, das freilich auch sonst hineinkommen würde, das aber hier von der billigen Wasserfracht Gebrauch machen kann. Was die Wasserstraßen durch die billige Verfrachtung von eingehenden Düngern und Futtermitteln leisten, was sie für den Versand heimischer Getreidearten, von Mehl und Zucker tun, das wird dabei völlig übersehen.

Auf das Drängen der Agrarier ist in das Wasserstraßengesetz jene Bestimmung gekommen, wonach vor dessen endgültiger Durchführung, d. h. vor Eröffnung der durch dieses Gesetz bewilligten Wasserstraßen, die Abgaben auf den bisher freien Strömen eingeführt werden müssen. Eine der ungeheuerlichsten Bestimmungen, die jemals beschlossen worden sind, denn diese Abgabefreiheit ist durch die Reichsverfassung und durch internationale unantastbare Verträge auf einigen dieser Ströme gewährleistet, kann also durch einzelstaatliche Gesetze gar nicht befestigt werden. Ob die Abänderung der Reichsverfassung in dieser Richtung möglich sein wird, ist unklar. Es fand sich bisher im Bundesrat nicht die erforderliche dreiviertel Mehrheit für eine solche, es ist zweifelhaft, ob sie nunmehr vorhanden sein wird, da von einer Reihe von Staaten, namentlich von Baden, Hessen, Sachsen, Anhalt, wohl nicht anzunehmen ist, daß sie auf eine für ihre wirtschaftlichen Verhältnisse so hochwichtige Bestimmung der Reichsverfassung Verzicht leisten werden. Freilich, was der Druck Preussens in dieser Richtung fertiggebracht hat, wie durch Ausnutzung der Notlage der anderen süddeutschen Staaten, namentlich Württembergs und Bayerns, deren Widerstand gegen die Verfassungsänderung gebrochen wurde, ist ja bekannt.

Für die Abgabefreiheit auf dem Rhein und der Elbe bildet die Reichsverfassung zwar eines der sichersten Bollwerke, aber keineswegs das letzte, und auch wenn die Verfassung geändert wird, bleibt die Rhein- und Elbschifffahrt abgabefrei, und es ist nicht anzunehmen, daß die Holländer sich dazu verstehen werden, diese Abgabefreiheit zu befestigen. Genügend ist für die Elbe eine Befestigung der die Abgabefreiheit sichernden Bestimmung der Elbschifffahrtsakte zu erwarten, da hier der Widerspruch Österreichs sicher ist. Die Weser ist ein kanalisiertes Strom, auf dem die Abgabenerhebung für die eigentlichen Kanalisationsarbeiten zulässig ist. Die Wirkung der Befestigung der Verfassungsbestimmung würde demnach sich zunächst nur auf die östlichen Wasserstraßen, vor allen Dingen auf die Oder, Warthe und Weichsel erstrecken, und damit der Humor nicht fehlt, ist gerade die Oder der Strom, der ganz vorwiegend der heimischen Landwirtschaft dient. Für die ohnehin schwer eingende Oberrhein- und Main-Verkehrswege würde aber die Einführung von Schifffahrtsabgaben auf der freien Oder von den nachteiligsten Folgen sein. Die preussische Einbaumverwaltung würde es kaum abtun in der Hand haben, den Oderverkehr lahmzulegen.

Für die Freizügigkeit bedeutet die Einführung dieses Gegenwärtigen ein erneutes Zeichen, wie rücksichtslos man trotz aller Blockpolitik über sie hinweggeht, wo es sich um die Forderungen der Agrarier handelt.

Zur inneren Lage.

Die Ungeklärtheit der politischen Lage ist noch vergrößert worden durch die Wiegung des Reichs-

kanzlers, in der Budgetkommission des Reichstages Beschlüsse zu erlassen über die Mitteilungen des englischen Premierministers hinsichtlich der von England angeblich angeregten Einschränkung der Flottenrüstungen. Die Budgetkommission hat, um ihrer Zustimmung darüber Ausdruck zu geben, am Montag beschlossen, die Marine-Vorhaben zunächst zurückzustellen und mit dem Etat des Reichskanzlers zu verhandeln. Man glaubt in politischen Kreisen nicht daran, daß dieses Vorhaben was beitragen wird, den Reichskanzler wirklich vor die Budgetkommission zu bringen. Man erwartet vielmehr, daß er durch Herrn v. Bethmann-Hollweg oder Herrn v. Schön eine Erklärung verlesen lassen wird des Inhalts, daß er — nichts erklären könne.

Wir haben volles Verständnis dafür, daß ein leitender Staatsmann Fragen so diffiziler Natur, wie es die Angelegenheit der Marine-Einsparungen sind, mit größter Vorsicht behandelt wissen will. Aber es kann verlangt werden, daß er der Reichstagskommission, die ihn darum ersucht, zum wenigsten vertrauliche Mitteilungen gibt über eine Frage, die das Lebensinteresse des Volkes berührt. Ob die betreffende Anregung von einer dem Fürsten Bismarck abgeneigten Persönlichkeit (dem Grafen Oppersdorf) ausgegangen ist oder nicht, darf bei so wichtigen Anlässen keine Rolle spielen. Das Ersuchen der Kommission beruht doch schließlich auf einem Mehrheitsbeschluss. Das Mittrauen, das Fürst Bismarck der Reichstagskommission entgegengebracht hat, ist nicht geeignet, das Vertrauen zu ihm zu zetteln. Nichtsdestoweniger werden sich die Freizügigen bei der Frage der Marine-Maßnahmen natürlich lediglich von sachlichen Motiven leiten lassen.

Die liberale landwirtschaftliche Konferenz.

die am 25. April in Frankfurt a. M. auf Anregung des Nationalvereins für das liberale Deutschland stattfinden soll, weist auf einen wunder Punkt hin in der Betätigung des heutigen Liberalismus: in weiten Kreisen Deutschlands ist der Bauer dem Liberalismus entfremdet worden. Er muß wiedergewonnen werden. Der Propst, der zu jener Versammlung einladet, sagt mit Recht:

„Allzu lange schon hat der Liberalismus gesäumt, der Agrarfrage, eine der wichtigsten unseres modernen Wirtschaftslebens, ernstlich näher zu treten. Welche Schichten der Bevölkerung des platten Landes, im Herzen fortschrittlich gesinnt, sind uns verloren gegangen oder stehen mißtraulich und mißtrauend beiseite, weil sie glauben müssen, im Liberalismus keine Vertretung ihrer berechtigten Interessen zu finden. Gewiß ist es nicht an dem, als sollte der Liberalismus eine Schwankung nach der agrarischen Seite hin vollziehen, vielmehr gilt es, einen gerechten Ausgleich zu finden zwischen den berechtigten Forderungen der Stadt und des Landes, der Industrie und der Landwirtschaft, dem Lohnarbeiter und dem nicht minder arbeitenden Bauern. — 1871/2. Mill. Menschen sind im deutschen Lande in der Landwirtschaft tätig. Schon zieht die Sozialdemokratie hinaus ins platte Land, um einen Keil zu treiben zwischen den arbeitenden Bauern und den ländlichen Lohnarbeiter. Sie und die Reaktion (das Zentrum und die Konservativen) ringen um das deutsche Bauerntum, die einen wuchernd mit dem egoistischen Lobe der „guten, alten Zeit“, die anderen mit dem Wechsel auf die rote Zukunft. Soll das fortschrittliche Bauerntum unartig zusehen, wie die ihm am nächsten stehenden Volksschichten ihm mehr und mehr entfremdet, schließlich entziehen werden?“

Der ehrliche Versuch, einer gerechten Lösung der Agrarfrage auf fortschrittlicher Grundlage nachzutreten, soll uns das fast verloren gegangene Vertrauen im weiten Lande wiedergewinnen, soll unseren Ideen die Söhne und Enkel jener Bauern zuführen, die einst vor manchen Jahrzehnten die besten Mitkämpfer des freiheitlichen Bürgertums waren.“

Dazu ist aber ernste und opferwillige Vorarbeit nötig. Diese soll die Konferenz leisten. Wir wünschen ihr in Interesse des Liberalismus aufrichtig Erfolg.

Zu den Balkanfragen.

Durch eine neue internationale Verständigungsaktion soll verhindert werden, den Krieg zwischen Österreich und Serbien zu vermeiden. Zwischen den Mächten wird unter gleichzeitiger Verständigung mit Wien eine Note vorbereitet, die Serbien überreicht werden soll. An diesem neuen Vermittlungsversuch nimmt die russische Regierung zum ersten Male offiziell teil. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Wien: Die Mächte haben den Wunsch ausgesprochen, daß die Erziehung der österreichisch-ungarischen Antwort auf die serbische Note abermals verschoben werde, um für ihre Verhandlungen untereinander und ihre Schritte in Belgad Zeit zu gewinnen. Das Wiener Kabinett ist bereit, diesen Wunsch zu erfüllen. Graf Tisza dürfte somit die Antwort erst gegen Ende dieses Monats in Belgad überreichen. Wie die „Agenzia Stefani“ aus London erfährt, findet zwischen den Mächten ein Meinungsaustrausch darüber statt, in welcher Form der neue Schritt in Belgad geschehen soll, durch den Serbien für die Abführung und die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Verhandlungen mit Österreich-Ungarn gewonnen werden soll.

Am Anschlag auf die Meinungen über Verhandlungen zwischen den Mächten zum Zweck einer gemeinsamen diplomatischen Einwirkung in Belgad sagt das „Fremdenblatt“: Es braucht nicht betont zu werden, daß die angelegentlichste Aktion der Mächte nicht auf eine Anregung Österreich-Ungarns zurückzuführen ist. Nichtsdestoweniger hat das Wiener Kabinett in Kenntnis von den mit einer solchen Aktion zusammenhängenden Verhandlungen zwischen den Mächten sich bereit erklärt, ihrem Wunsche zu entsprechen, daß mit Rücksicht auf die diplomatischen Vorbereitungen zu dem geplanten Schritt die in Aussicht genommene Verantwortung



... durch ... sondern durch befriedigende Erklärungen unabweidigen Charakters und durch offenkundige, sichbare Tatsachen beweisen würde. Bei den durchaus friedlichen Tendenzen, welche die Politik Österreich-Ungarns von jeher gekennzeichnet haben, bedarf es wohl keiner besonderen Versicherung, daß wir die redlichen Bemühungen der